

DP

DEUTSCHE POLIZEI

08/20

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Polizei im Fokus
**Wir unter dem
Mikroskop**

Die PVAG Unfallversicherung ist für dich da!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



Der passende Unfallschutz für GdP-Mitglieder.

Als Vollzugsbeamter/in von Polizei, BAG, Justiz oder Zoll bist du vielseitig tätig aber auch besonderen Risiken ausgesetzt. Die PVAG Unfallversicherung schützt dich vor den finanziellen Folgen von Berufs- und Freizeitunfällen – inklusive aller berufsbedingten Sondergefahren.

Bis zu **25%**
Beitragsvorteil für
GdP-Mitglieder

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

www.gdp.de – Telefon 030 3999210 – gdp-bund-berlin@gdp.de

www.pvag.de – Telefon 0231 1352551 – polizei-info@pvag.de

IN EIGENER SACHE

Wie fühlt man sich, wenn jede Handlung beobachtet, wenn jedes Wort auf die Goldwaage, wenn jede Bewegung bewertet und jeder Gesichtsausdruck interpretiert wird? So wie viele Polizistinnen und Polizisten, denen draußen seit Monaten eine zunehmend aggressivere Grundhaltung entgegenschlägt. So, wie unter dem Mikroskop.

Keine Berufsgruppe hierzulande wird so oft in einen polemischen oder gar beleidigenden Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt wie unsere Kolleginnen und Kollegen. Gleichzeitig geht keine Berufsgruppe so transparent und selbstkritisch mit sich um. Von dieser Polizei profitieren alle Bürger in unserem Land.

Fakt ist: Es zeichnet dieses Land auch aus, polizeiliches Handeln unter die Lupe nehmen zu dürfen. Und das, ohne Repressalien fürchten zu müssen. Dafür sorgt eine unabhängige Justiz, die nicht nach Sympathien, sondern Sachverhalten urteilt. Trotz dessen drängt sich der Eindruck auf, dass sich ein institutionalisiertes Infragestellen der Polizei hierzulande zu einem zunehmend beliebter werdenden Gesellschaftssport entwickelt?

„Pauschale Angriffe tragen die Gefahr in sich, das Vertrauen von Menschen in den Rechtsstaat zu untergraben. Eine solche Destabilisierung des Vertrauens in staatliche Institutionen spielt aber genau den Kräften in die Hände, denen die parlamentarische Demokratie ohnehin ein Dorn im Auge ist“, das betonen der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Mitte Juli. Unter anderem zu diesem Themenspektrum äußert sich der DGB-Chef auch ab Seite 21 – im DP-Sommergespräch mit GdP-Personalräten.

Für die Redaktion
Michael Zielasko

Kommentar

- 2 Den Rücken stärken, nicht in den Rücken treten

Titel

- 8 Post für die Polizei
- 12 Die richtigen Fragen stellen können
- 16 Menschen auf den Müll?

Gelesen

- 36 Die Polizei verteidigt unsere Demokratie

Hingeschaut

- 3 Klare Worte
- 32 Täter als Opfer als Täter (Teil 2)

Hinterfragt

- 4 Naiv vom Zaun gebrochene Diskussionen

Im Gespräch

- 18 Sie aufzugeben ist befreiend
- 21 DGB: Hart erkämpften Beamtenstatus sichern

Innenleben

- 7 Garant für Menschenwürde, Freiheit und Teilhabe

- 31 Für Zusammenhalt, gegen Rassismus und Diskriminierung

- 37 Die Sieger nach den Geisterspielen

Forum

- 38 Lesermeinung

- 40 Impressum

DP-SOMMERGESPRÄCH mit DGB-Chef Reiner Hoffmann



Foto: Beersmal

IN DIESER AUSGABE

Die Diskussion um (endlich) wieder Fußball „mit“ Zuschauern kommt in Schwung. Gut so, denn unsere Saison-sieger im GdP-Bundesligatippspiel haben sich ihren VIP-Preis redlich verdient.

GRUNDGESETZ

Die JUNGE GRUPPE (GdP) will Brücken schlagen. Denn: Gemeinsam bewegt man mehr. Die GdP-Nachwuchskräfte eröffnen Interessierten die Möglichkeit, sich mit Ihnen gemeinsam unmittelbar an politischen Prozessen zu beteiligen. Dafür setzen sie auf den direkten Austausch und den Kontakt zu Verantwortlichen aus Gesellschaft und Politik. Zum Kampagnenauftritt sammelt die JUNGE GRUPPE 5.000 Unterschriften für Respekt. Mehr auf der Webseite <https://jungegruppe.zusammenhandeln.org>: **Ein Zeichen für Respekt und für die Werte unseres Grundgesetzes.**

KOMMENTAR



Foto: Hagen Immel/GdP

Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender

DIE POLIZEI IM FOKUS

Den Rücken stärken, nicht in den Rücken treten

Jörg Radek

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

In der Mai-Ausgabe widmete sich DP in einem Schwerpunkt dem Thema Rechts-Extremismus, im Juli-Magazin dem Links-Extremismus. Wer sich mit den Richtungen und Schattierungen des Extremismus auseinandersetzt, sollte angesichts zu erwartender Reaktionen nicht zimperlich sein. Das Anecken ist quasi vorprogrammiert.

Im Gegensatz zu uns, die Themen ansuchen können, haben unsere Kolleginnen und Kollegen jedoch keine Wahl. Der Vergleich zu Praktiken der US-amerikanischen Polizei zeigt das deutlich. Da wird eine Debatte aufgemacht, über Zustände, die es bei uns so einfach nicht gibt.

Also stehen unsere Kolleginnen und Kollegen in Chemnitz, Göttingen, Leipzig-Connewitz, Stuttgart, Hamburg, Berlin und anderenorts mittendrin – oft an Brennpunkten. Eine ihrer vielen wichtigen Aufgaben ist das Durchsetzen der Versammlungsfreiheit, unabhängig des Themas und der Klientel der Veranstaltung. In einer Zeit, in der ein bislang unbesiegter Virus unser aller Gesundheit bedroht, wird da fast jeder Einsatz auch unter dem Aspekt des Infektionsschutzes gefahren. Geben nicht gerade in Krisenzeiten wie dieser Pandemie die bewährten Regeln unserer Verfassung dem Alltagsleben Struktur und Halt?

Warum erinnere ich daran? Ich tue dies, weil momentan viele Missverständnisse und falsche Vorstellungen erkennbar sind. Zum Beispiel bei der Frage: Wer kontrolliert die Polizei? Und braucht es dafür nicht eigene, herausgehobene unabhängige Polizeibeauftragte? In einer Gesellschaft, die das Prinzip der Gewaltenteilung lebt, sollte man meinen, nein, oder?

Die Parlamente kontrollieren die Verwaltungen, darunter fällt auch die Polizei. Die Gerichte kontrollieren Parlamente und Verwaltungen. Dieser Aufbau verdeutlicht, es besteht kein Bedarf an einer solchen Funktion. Natürlich, unsere Kolleginnen und Kollegen greifen in Grundrechte ein. Sie tragen somit eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern sowie dem Rechtsstaat. Natürlich ist es richtig, dass ein womöglich unverhältnismäßiger polizeilicher Einsatz unabhängig untersucht wird. Diese notwendige Kontrollfunktion üben jedoch die Gerichte aus. Wir brauchen also keine Schattenjustiz. Und wer das fordert, scheint kein Vertrauen in die Unabhängigkeit der Richter hierzulande zu haben.

Bekanntnisse für die Polizei mit Leben füllen

Ebenso klar ist, dass Aggressivität und Gewaltattacken gegen die Polizei die Alltagserfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen immer stärker bestimmen. Solche Attacken politisch nicht zu ächten, ist keine Rückendeckung für die Polizei. Deshalb ist es gut und richtig, dass die Innenminister und -senatoren auf ihrer Konferenz in Erfurt ein zutreffendes Bild der Polizeien hierzulande gezeichnet haben. Wie ein solches Bekenntnis aktiv mit Leben gefüllt werden kann, demonstrierten Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel nach den Juni-Krawallen von Stuttgart, als sie den dortigen Kolleginnen und Kollegen den Rücken stärkten. Die Regierungen haben gegenüber Pauschalisierungen eine unmissverständliche Position bezogen – ihre Polizeien seien nicht latent oder strukturell rassistisch, extremistisch oder antisemitisch. Und wir sagen ganz klar: Wer aus unseren Reihen so handelt, ist keiner von uns!

Unsere gewerkschaftliche Aufgabe besteht darin, gemeinsam mit den Personal-

„Die Regierungen haben gegenüber Pauschalisierungen eine unmissverständliche Position bezogen – ihre Polizeien seien nicht latent oder strukturell rassistisch, extremistisch oder antisemitisch. Und wir sagen ganz klar: Wer aus unseren Reihen so handelt, ist keiner von uns!

räten die Widerstandskraft gegenüber dem Verfangen in verfassungsfeindlichem Gedankengut innerhalb der Polizei zu stärken.

Noch etwas ist notwendig. Die Solidarität einer Gesellschaft, die der Polizei ein Maß an Vertrauen entgegenbringt. Dieses „Einhalten“ brauchen die, die Ordnung und Sicherheit gewährleisten. Die Polizei benötigt den Schutz der Gesellschaft.

Unsere Kolleginnen und Kollegen zahlen diese Unterstützung tagtäglich zurück. Sie machen persönliche Lebensumstände, Meinungen möglich und garantieren einen weitgedehnten freiheitlichen Rahmen. Und das in einer Gesellschaft, in der unterschiedlichste Lebensentwürfe und Vorstellungen zu entdecken sind. Dafür riskieren Polizistinnen und Polizisten oft ihre eigene Gesundheit und im schlimmsten Fall sogar ihr Leben.

Auch wer die Polizei ablehnt, wird in persönlicher Not auf Hilfe zählen können. Alles andere steht nicht zur Debatte. Warum jedoch durch absurde, verhöhnende Vergleiche oder dem generellen Infrage stellen polizeilicher Präsenz noch auf eine solche, die Hand reichende Polizei eingeprengelt werden muss – und auch Worte können hart treffen – erschließt sich mir nicht.

Als ein stabiler Eckpfeiler garantieren die Polizeien unseres Landes unsere freie, demokratische Gesellschaft. Diejenigen, die diese großartigen Vorzüge hier ausleben können, sollten diese Garantinnen und Garanten in ihrer Menschenwürde achten. ■

Jörg Radek

Hingeschaut



Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff in der „Phoenix-Runde“.

GdP IN DEN MEDIEN

Klare Worte

Die Beschäftigten der Polizei standen in den vergangenen Wochen fast täglich im Blickfeld der Medien. Ob die „Erfurter Erklärung“ der Innenminister von Bund und Ländern, Debatten über Rassismus-Studien, der Verfassungsschutzbericht, Gewalt gegen Polizisten oder das Landesantidiskriminierungsgesetz in Berlin, stets war die Position der Gewerkschaft der Polizei gefragt. Dementsprechend waren die stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek und Dietmar Schilff pausenlos im Intervieweinsatz. Einige Beispiele.

Wolfgang Schönwald

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erklärte am Rande einer Videokonferenz der EU-Innenminister, dass er eine Untersuchung zu rassistischen Polizeikontrollen derzeit für nicht angemessen halte und löste damit eine Kontroverse auf politischer Ebene aus. Es sei richtig, dass sich Seehofer in dieser Frage vor die Beamten stelle, erklärte die GdP daraufhin. Ihr Vize Radek sagte der **Deutschen Presse-Agen-**

tur (dpa): „Wenn diese Studie das Ziel hat, Rassismus in der Polizei zu untersuchen, dann lehne ich das ab.“

Eine Untersuchung, bei der es darum gehe, zu überprüfen, ob die Vorschriften, nach denen die Beamten kontrollierten, „hinsichtlich ihrer Bestimmtheit korrekt sind“, so Radek weiter, könnte dagegen sinnvoll sein, erklärte er. Wissenschaftliche Erkenntnisse dazu, „was das mit Kol-

„GdP-Vize Jörg Radek: „Der Druck, der auf der Polizei lastet, führt dazu, dass sie unter einem Mikroskop arbeite, und das erhöht den Druck auf jeden Einzelnen.“

legen macht, wenn sie über Jahre in einem bestimmten Kiez eingesetzt sind“, könnten zudem helfen, die Entstehung von rassistischen Denkmustern bei einzelnen Beamten zu verhindern.

Extremismus gefährdet das gesellschaftliche Miteinander

Im **Deutschlandfunk**-Talk „Zur Diskussion“ am 8. Juli betonte der GdP-Vize: „Jede Form von Extremismus gefährdet das gesellschaftliche Miteinander in diesem Land.“ Gleich welche Motivation ihm zugrunde liege, dieser sei immer menschenfeindlich, sozialschädlich und müsse konsequent sowie nachhaltig bekämpft werden.

Angesprochen auf extremistische Vorfälle in der Polizei, antwortete der Gewerkschafter mit klaren Worten: „Jemand, der berufen ist, diese Verfassung zu schützen, kann keiner Partei angehören, die diese Form abschaffen will.“ In der Polizei sei kein Platz für jedwede Form von Extremisten, betonte Radek – weder rechts, links noch religiös motiviert.

Beamten, die empfänglich für populistische und extremistische Parolen seien, dürften damit aber auch nicht alleine gelassen werden. Radek sprach sich für eine offene und kommunikative Intervention aus. „Wir müssen mit ihnen über die Gefahr, sich diesem Gedankengut zu nähern, sprechen.“

Die Rolle der Polizei im Zentrum der anhaltenden Rassismus-Debatte bezeichnete Radek als einzigartig. „Da werden Vergleiche aus Amerika nach Deutschland importiert, wo es nichts zu vergleichen gibt.“ Die Innenministerkonferenz habe sich eindeutig vor die Polizei gestellt. Der Druck, der auf der Polizei lastet, führe dazu, dass sie unter einem Mikroskop arbeite, und das erhöhe den Druck auf jeden Einzelnen.

Menschenverachtende „taz“-Kolumne

GdP-Vize Schilff kritisierte in einem Interview mit dem **Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)** massiv die stark diskutierte Kolumne „Der Tageszeitung“ (taz)“, in der es heißt, dass Polizisten auf die Mülldeponie gehörten. Er betonte: „Unser Zorn ist schon ziemlich groß. Der Text ist menschen-

verachtend. Man vergleicht Menschen nicht mit Abfall, weder Polizisten noch Politiker oder Journalisten. Die Kolumne hat mich traurig gemacht, weil ich sie als Beleidigung empfunden habe. Kollegen ging es ähnlich.“

Er verdeutlichte angesichts der Debatte über Polizeiverhalten: „Wir haben eine demokratische Polizei, und ich denke, wir alle wollen dies auch weiterhin. Als solche genießt sie bei über 80 Prozent der Menschen Vertrauen. Dabei sollte es nicht zuletzt aufgrund unserer Geschichte bleiben.“ Wenn die Polizei nicht in der Mitte der Gesellschaft stünde und keine Bürgerpolizei wäre, dann hätte der Staat ein Riesenproblem – „und wir als Polizei hätten es dann auch“, erklärte Schilff in dem Doppelinterview mit Grünen-Politiker Cem Özdemir.

Als abendlicher Talkgast im **Fernsehsender Phoenix** am 9. Juli zum Thema „Racial Profiling“ bezeichnete der Gewerkschafter es als nicht akzeptabel, Menschen nur wegen ihrer Hautfarbe zu kontrollieren. „Die Polizei darf so nicht vorgehen, das widerspricht auch unserem Grundgesetz.“

Der GdP-Vize hält eine andere Herangehensweise für sinnvoll. Es sei zwingend notwendig zu überprüfen, ob Gesetze und Vorschriften so gestaltet sind, dass bei deren Anwendung durch Polizistinnen und Polizisten der Eindruck entstehen könnte, es würde sich um Racial Profiling handeln. „Daher muss innerhalb der Politik und Polizei – gemeinsam mit Berufs- und Personalvertretungen – dringend darüber diskutiert werden, wie durch Gesetzes- und Vorschriftenänderungen oder -ergänzungen umgehend Abhilfe geschaffen werden kann. Das würde die Probleme für die Polizei deutlich reduzieren und auch im Sinne der Betroffenen sein.“ Darüber hinaus müsse sich die Aus- und Fortbildung immer weiterentwickeln, neue Themen und Erscheinungsformen mit einfließen und die Zeit da sein, dass Einsätze intensiv vor- und nachbereitet werden können.

In der Polizei dürfe darüber hinaus keine Atmosphäre vorhanden sein, die dazu führe, dass Fälle rassistischer Verhaltensweisen nicht gemeldet würden, so Schilff in der Fernsehsendung. Hier müssten die Polizeibesetzten weiter gestärkt werden, dementsprechende Vorfälle über die derzeit schon bestehenden Möglichkeiten zu melden, damit die notwendigen Maßnahmen eingeleitet und durchgeführt werden könnten. ■

Hinterfragt



Sabrina Kunz, GdP-Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz

DIE RASSISMUS-DEBATTE

Naiv vom Zaun gebrochene Diskussionen

Die Polizei steht zunehmend im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Die Folge: Ein Ungleichgewicht, das die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen massiv erschwere, sagt Sabrina Kunz. Die rheinland-pfälzische GdP-Vorsitzende erkennt eine Polarisierungswut in der aktuellen Debatte. Ihre Meinung zu pauschalen Rassismus-Vorwürfen und Studien-Hickhack, versehen mit einem Blick auf längst geführte Debatten.

Sabrina Kunz

GdP-Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz

Für die einen ist es ein Déjà-vu, für die anderen unerträglich. Es geht um die mit dem Tod des US-Amerikaners George Floyd verbundenen Diskussionen

über Polizeigewalt und Rassismus in der Polizei, die Europa, Deutschland und auch Rheinland-Pfalz schnell erreicht haben. Reflexartig sprangen Parteien, Medien und Nichtregierungsorganisationen auf den Themenzug. Mit der Empörung um das Berliner Antidiskriminierungsgesetz hat auch in Rheinland-Pfalz solcher Diskussionsstoff Aufwind bekommen. Fragen werden gestellt: Haben wir ein Rassismusproblem in der Polizei? Brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz, das Menschen vor Herabwürdigungen durch Amtsträgerinnen und -träger schützt? Gibt es ein sogenanntes Racial-Profiling in der Polizei und braucht es eine Studie, um diese „Vermutung“ zu untersuchen?

Zunächst Beifall – und heute?

Noch vor wenigen Corona-Wochen galten Polizistinnen und Polizisten als „Systemheldinnen und -helden“. Über 80 Prozent der Bevölkerung, so eine aktuelle Umfrage, haben Vertrauen in die Polizei. Das übrigens schon seit Jahren. Und dennoch sind wir draußen im Dienst teils üblen Anfeindungen ausgesetzt. Angriffe gibt es jedoch auch andernorts.

Ein Großteil der Diskussionen nahm ihren Lauf, als die menschenverachtende Berichterstattung der „Tageszeitung“ (taz) „Abschaffung der Polizei – all cops are berufsunfähig“ erschien. Wir Polizistinnen und Polizisten wurden dort (und werden noch immer) entmenschlicht und mit „Müll“ gleichgesetzt. Strafanzeigen wurden gestellt, Beschwerden beim Deutschen Presserat eingereicht. Die resultierenden Reaktionen verdeutlichen den Bedarf nach Differenzierung.

Zeitreise in die Jahre 1994 bis 1996

„Sie alle, die Sie die Erörterungen in den Medien über vermeintliches und tatsächliches Fehlverhalten in der Polizei, insbesondere zum Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit, verfolgt haben, wissen“, so geht aus einem Mitarbeiterbrief der „Kommission Innere Führung“ im Juni 1996 hervor, unterzeichnet durch den rheinland-pfälzischen Inspekteur Franz Kirchberger, „dass solche Diskus-

„
Seid selbstbewusst
und lasst euch nicht
verunsichern –
wir haben nichts zu
verheimlichen. Denn
wir sind bunt, vielfältig
und bürgernah.“

sionen zu Ansehens- und Vertrauensverlust und damit letztlich zur Minderung des polizeilichen Einsatzwertes führen. Von daher ist eine offensive Auseinandersetzung mit dem Problem für jede Landespolizei selbst dann erforderlich, wenn sie – wie dies auch in Rheinland-Pfalz festzustellen ist – nicht im Mittelpunkt der veröffentlichten Kritik steht.“

Besondere Aufmerksamkeit gebühre demnach der inneren Verfassung der Polizei auch wegen der offensichtlich weitverbreiteten – teilweise massiv spürbaren – Unzufriedenheit in ihren Reihen. Nach den Ergebnissen des im Auftrag der Polizei-Führungsakademie, der heutigen Deutschen Hochschule der Polizei, erarbeiteten Forschungsprojekts „Polizei und Fremde“, an dem Polizeibeamtinnen und -beamte unseres Landes mitwirkten, lägen die Ursachen in der Unzufriedenheit in den dienstlichen Rahmenbedingungen (zum Beispiel Wechselschichtdienst), in Zweifeln an der Sinnhaftigkeit polizeilichen Tuns in bestimmten Einsatzsituationen, in einer zunehmenden Anonymität und „Ellenbogenmentalität“ unter Kollegen sowie im Führungsverhalten der Vorgesetzten. Im zuletzt genannten Bereich würden insbesondere Defizite in der Kommunikation und Kooperation beklagt.

Die Studie wurde 1994 durch die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren in Auftrag gegeben und durch den Trie-

rer Sozialwissenschaftlicher Roland Eckert erstellt, der 115 Polizisten aus sechs westlichen und östlichen Bundesländern befragte. Die Untersuchung sollte dem Vorwurf einer vermeintlich fremdenfeindlichen Polizei nachgehen.

Am 5. Februar 1996 war man dann schlauer. Die wesentlichen Befunde – auszugsweise aus Presstexten:

- „Fremdenfeindlichkeit ist kein systematisches Verhaltensmuster. Ursache für Übergriffe sind: Überlastung, Stress und Frust.“
- „So bedauerlich jeder einzelne Fall sei, auf eine insgesamt fremdenfeindliche Einstellung der Polizei könne nicht geschlossen werden.“
- „Die Studie hat erhebliche Kommunikationsmängel bei der Polizei aufgedeckt.“
- „Die Beamten fühlten sich verheizt, von Politik und Justiz allein gelassen.“
- „Die gegenwärtige Dauerbelastung durch Überstunden können zu Frust und zu ausländischerfeindlichen Äußerungen führen.“

„Der Projektbericht ist eine brillante Zusammenfassung von Schwachstellen in Politik, Gesellschaft und Polizei und zeigt den hohen politischen Handlungsbedarf in der Sicherheits-, und Ausländerpolitik.“

Die damit einhergehenden Forderungen – ebenfalls auszugsweise aus Presstexten:

- Dringende personelle Aufstockung des Wachdienstes
- Bessere Ausbildung
- Engere Kooperation mit der Justiz und den Ausländervertretungen
- Vertrauensvolle Erörterung der „Probleme mit Ausländern“ zwischen Polizisten im Einsatz und ihren Vorgesetzten
- Aufklärung im Umgang mit Ausländern

In einer Pressemeldung der GdP (Bundesvorstand) vom gleichen Tag hieß es: „Die Studie stellt fest, dass nicht ‚die Ausländer‘

den Polizeibeamten Probleme bereiten, sondern Konfliktfelder unter Asylbewerbern und Aussiedlern, eingewanderten Kriminellen aus Ost- und Südosteuropa und bestimmten Ländern Afrikas. Als alarmierend bezeichnet es die Gewerkschaft der Polizei, dass nach den Ergebnissen der Studie auch Jugendliche der zweiten und dritten Einwanderergeneration ein zunehmend großes Konfliktpotenzial bildeten. Hermann Lutz (der damalige GdP-Bundesvorsitzende): „Hier zeigt sich ganz deutlich, dass Integrationsbemühungen von beiden Seiten ernst genommen werden müssen. Hier sind auch die Organisationen der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Wohnbevölkerung gefordert.“ Die von den in der Studie befragten Polizeibeamten geforderten politischen, gesetzgeberischen und behördlichen Maßnahmen unterstrich die GdP als längst überfällig. Eine bessere Kooperation der Behörden, die Einrichtung von Feierabend- beziehungsweise Wochenende-Bereitschaftsdiensten von Ausländerbehörden, Ordnungsämtern, sozialen Diensten und Vollzugsanstalten könnten, so Lutz, „den Zünder der Zeitbombe entschärfen“.

Ist dem noch etwas hinzuzufügen? Ich denke, nein.

Wer hier Parallelen erkennt, dem geht es so wie mir, als ich mich jüngster Zeit mit „alten Unterlagen“ befasst habe. Die aktuellen Diskussionen müssen uns keineswegs verunsichern.

Im Nachgang der zitierten Studie hat die Polizei Rheinland-Pfalz wichtige Maßnahmen getroffen:

- 1) Einführung der Zweigeteilten Laufbahn und Etablierung eines dreijährigen Hochschulstudiums als Standard-Ausbildung für alle Polizistinnen und Polizisten.
- 2) Einrichtung der Kommissionen „Innere Führung“.
- 3) Einstellung von „Sozialen Ansprechpartnern“ in der Polizei.
- 4) Einführung von Kriseninterventionsteams.
- 5) Etablierung von Verhaltens-, Stress-, Kommunikations- und Konflikttrainings in Studium und Fortbildung.



Polizeigewalt,
Rassismuskorrekturen und
nun die Forderung nach
einer Studie zu „Racial
Profiling“ – nie standen wir
so im Schussfeuer, wie
aktuell? Weit gefehlt!

- 6) Integration der Vermittlung und das Training von Interkultureller Kompetenz als Kernthema in Studium und Fortbildung.
- 7) Ständiges Bemühen um die Einstellung von Frauen, der Anteil der Anwärtnerinnen liegt derzeit bei circa 30 Prozent.
- 8) Einstellung von Anwärtnerinnen und Anwärtern mit Migrationshintergrund.
- 9) Einführung der Höheren Berufsfachschule „Verwaltung und Polizei“, um auch „Mittelgereiften“ den Einstieg in den Beruf „Polizistin oder Polizist“ zu ermöglichen.
- 10) Interkulturelle Dialoge mit Menschen mit Migrationshintergrund.
- 11) Schaffung einer unabhängigen Polizeibeauftragten, die dem Parlament zugeordnet ist.

Nicht über einen Kamm scheren

Mein bisheriger Weg durch die Polizei und die wertvolle Erfahrung gewerkschaftlicher Arbeit haben mich die Facetten der Polizeiarbeit erkennen und verstehen lassen. Ich

rede also nicht ohne Netz und doppelten Boden, wie es andere tun, die sich über die innere Struktur der Polizei und über polizeiliches Handeln verbreiten.

Ein Blick auf die (noch vorläufige) Studie von Prof. Dr. Tobias Singelstein zu den Dimensionen von Polizeigewalt: Des Kriminologen erste Bilanz hatte vor gut einem Jahr bereits heftige Debatten ausgelöst. Aus meiner Sicht zeigte die Untersuchung bereits deutliche Schwachstellen. Ebenso wie der aktuelle Bericht der Europäischen Kommission für Rassismus und Intoleranz (Ecri). Beide Studien verbindet die Betrachtung der deutschen Polizei sowie die Befragung mutmaßlich Betroffener nach ihren „subjektiven Einstellungen“. Nicht gefragt oder verdeutlicht wird, ob die Polizei eine Rechtsgrundlage hatte oder nicht. Es ist wohl nicht zu gewagt anzumerken, es fehlt schlicht der notwendige polizeilich-rechtliche Kontext.

Noch dazu kommt das Problem, dass die Polizei in Rheinland-Pfalz nicht die deutsche Polizei ist und die deutsche Polizei nicht die rheinland-pfälzische. Derlei Vergleiche sind in unserem föderalen System – ambitioniert.

Nicht das Vertrauen in die Polizei aufs Spiel setzen

Zurück zur Aktualität: Sofern also eine Studie dazu dienen soll, Rassismus in der Polizei zu überprüfen, lehnt die GdP Rheinland-Pfalz diese ab. Wir brauchen sie nicht. Sollte es jedoch darum gehen, den Menschen zu belegen, dass wir eine bürgernahe, offene und vielfältige Polizei sind, und gleichzeitig noch Schwachstellen methodisch korrekt aufgedeckt werden, so sehe ich einer solchen Untersuchung gelassen wie gespannt entgegen.

Eines sollte jedoch klar sein: Die teils naiv vom Zaun gebrochenen Diskussionen über einen wie auch immer ausgeprägten Rassismus in den Polizeien lenken leider von einem festzustellenden Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft ab. Studie hin oder her. ■



<https://jungegruppe.zusammenhandeln.org>



JUNGE GRUPPE (GdP) STARTET GRUNDGESETZ-KAMPAGNE

Garant für Menschenwürde, Freiheit und Teilhabe

Das Grundgesetz: Seit über 70 Jahren ein Bollwerk gegen Willkür und ein Garant für Menschenwürde, Freiheit und Teilhabe. Muss man darüber noch reden? Ja! Die JUNGE GRUPPE (GdP) tut das mit ihrer Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“ – ein Aufruf zum Mitmachen ...

Christian Ehringfeld

Menschenwürde, Freiheit, Teilhabe: Diese Werte zeichnen unsere Gesellschaft aus. Als Teil des Grundgesetzes sind sie nicht verhandelbar. Doch auch 75 Jahre nach der Befreiung vom Regime der Nationalsozialisten und 30 Jahre nach der DDR sind diese Werte noch immer keine Selbstverständlichkeit.

Dabei birgt das Grundgesetz wertvolle Antworten auf viele unserer gesellschaftlichen Fragen. Seine Werte zeigen Lösungen auf für die Herausforderungen, denen wir derzeit gegenüberstehen. In diesen stürmischen Zeiten, in denen nichts wirklich sicher scheint, in einem gesellschaftlichen Klima, das von Misstrauen geprägt ist, dient es als unser moralischer Kompass. Es ist die starke Hand, die uns verlässlich durch den Sturm zurück in den sicheren Hafen navigiert.

Doch es wird von antidemokratischen Kräften in Frage gestellt, verhöhnt und negiert. Demokratie, so scheint es, ist für sie ein formbares Konzept – vage, unstet, ver-

handelbar. Alles eine Frage der Perspektive: Fakten und Gefühle stehen im permanenten Schlagabtausch miteinander. Resignation und die Abwendung vom Rechtsstaat sind mögliche Folgen. Das müssen wir verhindern.

Kritische Stimmen sagen: Unsere Welt ist komplex. Als JUNGE GRUPPE (GdP) sagen wir: Unsere Welt ist vielfältig. Doch genau diese Vielfalt macht Menschen Angst. Sie sind ein gefundenes Fressen für die Rattenfänger, die mit simplen Antworten auf komplexe Fragen locken. Ihr erklärtes Ziel ist die Spaltung unserer Gesellschaft. Die vermeintlich Schuldigen haben sie längst ausgemacht. Meist sind es „die da oben“ oder „die anderen“, „die Fremden“, die einem etwas wegnehmen, vorenthalten oder verweigern wollen. Immer werden solche Impulse von diskriminierenden Reflexen begleitet: Xenophobie, Rassismus, Faschismus. Der Auslöser ist oft das Gefühl mangelnder Wertschätzung, die Wahrnehmung,

dass individuelle Bedürfnisse in der Masse keine Relevanz haben und nicht gehört werden. Wir fordern mehr Respekt, Verantwortung und Gerechtigkeit.

Als Polizeibeschäftigte unterstützen wir eine lebendige und vielfältige Demokratie. Meinungsfreiheit und die Pluralität politischer Weltanschauungen sind Werte, die unsere Gesellschaft auszeichnen. Der Bestand unseres Grundgesetzes, der Zusammenhalt und die Solidarität unserer Gesellschaft liegen in unserer Hand. Als Gewerkschaftsjugend empfinden wir es als unsere Pflicht, diese Werte und damit auch unser Grundgesetz zu verteidigen und zu stärken. Darum haben wir die Mitmach-Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“ ins Leben gerufen.

Als JUNGE GRUPPE (GdP) lehnen wir es ab, Mauern zu bauen. Wir wollen Brücken schlagen, denn wir wissen: Gemeinsam bewegt man mehr. Darum wollen wir den Bürgern dieses Landes die Möglichkeit geben, sich mit uns unmittelbar an politischen Prozessen zu beteiligen. Dafür setzen wir auf den direkten Austausch und den Kontakt zu Verantwortlichen aus Gesellschaft und Politik.

Zum Kampagnenauftritt sammeln wir 5.000 Unterschriften für Respekt. Mitmachen ist einfach: Geht auf unsere Webseite <https://jungegruppe.zusammenhandeln.org> und setzt auch mit eurem Namen ein Zeichen für Respekt und die Werte unseres Grundgesetzes.

Ein weiterer Teil der Kampagne gilt dem Thema Verantwortung. Wir fordern von Ministerien in Bund und Ländern, unsere Kampagne aktiv zu unterstützen. Wieder ist mitmachen gefragt: Schickt unseren Aufruf über die Webseite an die Familienministerin, den Bundesinnenminister und die Innenminister der Länder. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen ist bereits einer unserer ersten aktiven Unterstützer.

Ein weiterer Fokus sind die Arbeitsbedingungen. Für den Schutz des Grundgesetzes braucht es angemessenen Arbeitsschutz, durchhaltbare Arbeitszeiten, gerechte Besoldung und eine Personalstärke zur Erfüllung unserer Aufgabenvielfalt. Setze Dich mit uns für die Anliegen der Polizeibeschäftigten ein. Schreibe die ausgesuchten Landespolitikerinnen und Landespolitiker an. Bitte sie zu den einzelnen Bereichen Stellung zu beziehen. Also, packen wir's an: „Grundgesetz. Unsere Verantwortung.“ ■

Titel

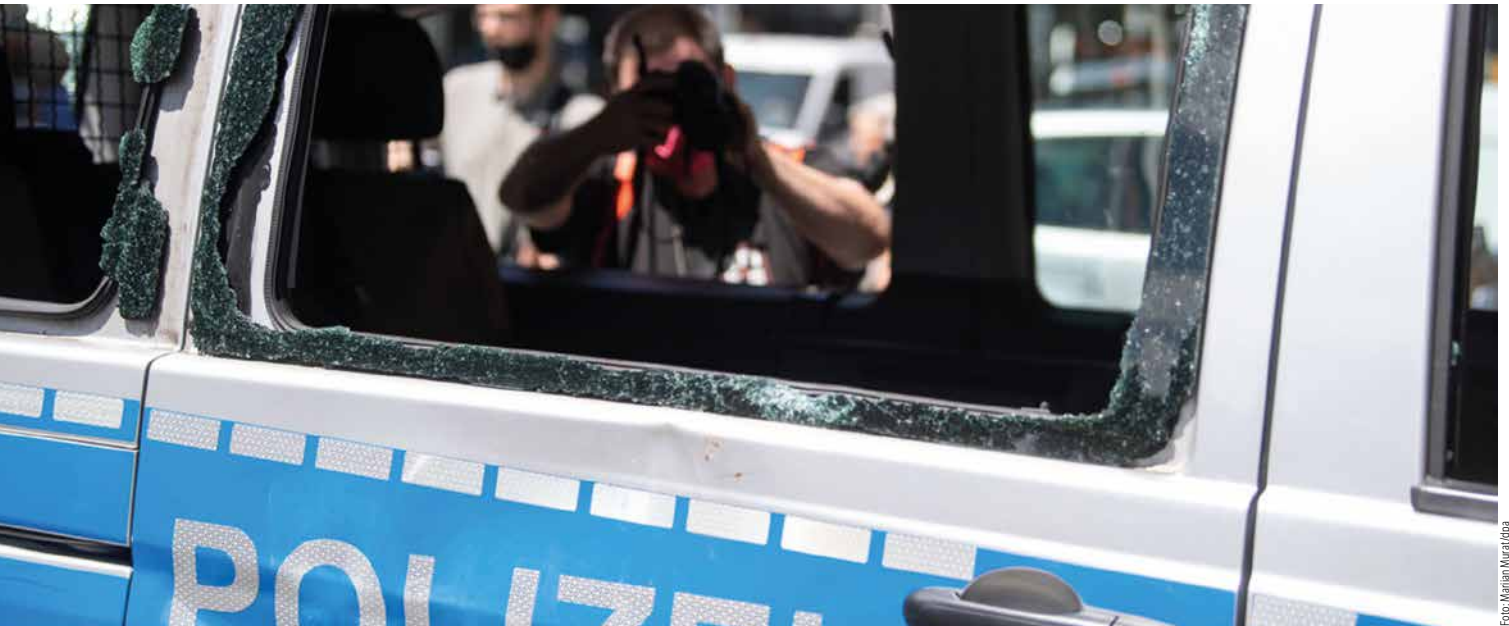


Foto: Marjan Murat/epa

Ein in der Stuttgarter Krawallnacht beschädigtes Polizeifahrzeug wird von einem Fotografen abgelichtet.

FEEDBACK: „taz“-KOLUMNE UND STUTTGARTER RANDALE

Post für die Polizei

Die Kolumne einer „taz“-Autorin ist nicht nur in den Reihen der Polizei auf erhebliches Unverständnis gestoßen. Sie hatte im Juni darüber spekuliert, was mit Polizistinnen und Polizisten anzufangen wäre, würden sie spontan „arbeitslos“. Unter dem Strich bliebe nur die Müllkippe: Aufreger Nummer 1.

Eine Woche später randalierten Gruppen in der Stuttgarter Innenstadt. Videobilder offenbarten eine entfesselte Brutalität: Aufreger Nummer 2.

Die GdP leitete gegen „Die Tageszeitung“ presserechtliche Schritte ein, der Berliner Landesbezirk stellte Strafanzeige. Und wenige Stunden nach den Ausschreitungen in der baden-württembergischen Landeshauptstadt verurteilte die GdP die Ereignisse in aller Schärfe.

In der Folge erreichten uns zu beiden Aufregern zahlreiche, unterstützende Reaktionen.

Beschwerde

der GdP an den Deutschen Presserat

„Seit 15. Juni verbreitet die „Die Tageszeitung“ (taz) über ihre Onlinepräsenz und in der Printausgabe unter „All cops are berufs-unfähig“ eine Kolumne der Autorin Hengameh Yaghoobifarah. Dieser Artikel ist eine böswillige Diskriminierung der Polizei. Entmenslichung und Entwürdigung sind bewusst gewählte Stilmittel der Autorin. Sie schlägt vor, Polizistinnen und Polizisten bei Berufsunfähigkeit auf der Mülldeponie zu entsorgen, „dort wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.“ Die Autorin knüpft zudem eine pauschale und direkte Verbindung zu den Straftätern des Naziregimes. Sie attestiert der Polizei allgemein eine inhärente Mordlust und unterstellt ihr klandestine, verfassungsfeindliche Strukturen. Die Inhalte sowie deren Verbreitung stehen in gänzlichem Widerspruch zu Art 1 GG sowie den Ziffern 1, 9 und 12 des Pressekodex des Deutschen Presserates. Vor diesem Hintergrund fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) als größte Interessenvertretung der Polizeibesetzten hierzulande den Deutschen Presserat auf, gegen „Die Tageszeitung“ eine Rüge auszusprechen.“

Antwort

des Deutschen Presserats
am 24. Juni 2020

„Sehr geehrte Damen und Herren,

wir kommen zurück auf Ihre o. g. Beschwerde und teilen Ihnen mit, dass diese nach den Regeln der Beschwerdeordnung des Deutschen Presserats dem Beschwerdeausschuss 2 zugeleitet wird. Über die Beschwerde wird das Gremium in mündlicher Beratung oder der Vorsitzende gemäß § 7 Abs. 2 der Beschwerdeordnung entscheiden, sobald die Unterlagen vollständig sind und die Sachaufklärung abgeschlossen ist. (...)“

Gleiche Regeln für alle?

Ich bin der Auffassung, dass dieser Artikel, geschrieben von einem Otto-Normal-User, als Post bei Facebook eine Welle von Anzeigen gegen diesen losgetreten hätte.

Enrico H.

Schockiert

Ich bin auf einen Artikel aus der „taz“ aufmerksam geworden und darüber schockiert, wie der Beruf der Polizei in den Dreck gezogen wird. Ich schätze die Arbeit Ihrer Kolleginnen und Kollegen sehr und möchte alle ermutigen Ihre Aufgabe so zu erledigen wie gehabt.

Daniel G.

Bodenlose Frechheit

Dieser Artikel ist eine bodenlose Frechheit und eine massive Missachtung und Diffamierung Ihres gesamten Berufsstandes. Ich bin keine Polizistin o. ä., habe mich jedoch sehr darüber aufgeregt, naja, mir fehlten die Worte.

Anja K.

Das ist keine Pressefreiheit

Ich schätze die Arbeit der Polizei sehr und hoffe, dass die „taz“ endlich eine Strafe bekommt. Denn Pressefreiheit heißt nicht, dass man die Würde anderer Menschen mit Füßen treten darf.

Paula W.

Keine Beleidigungen hinnehmen

Die Berufsgruppe der Polizei sollte zwar für Kritik offen sein, aber Beleidigungen gleich welcher Art nicht hinnehmen. Die Kolumne von H.Y. in der „taz“ ist dermaßen abwertend, dass eine entsprechende Reaktion erfolgen sollte. (...) Wenn ihr Ansehen weiter in den Schmutz gezogen wird, dann wird auch die Sicherheit der Bürger leiden.

Wolfgang M.

Danke, dass Sie meinen Papa schützen

Der Artikel der „taz“ hat mich sehr schockiert. Ich bin ein Schüler, habe einen Polizisten als Vater und habe daher Erfahrung mit polizeifeindlichen Aussagen. Aber als ich das mit den Paketbomben gelesen habe, bin ich weinend zusammengebrochen. Auf die Dienststelle meines Vaters gab es bereits einen Angriff, und solche Artikel führen nur dazu, dass es sich wiederholt. Herr Seehofer hat ja von einer juristischen Verfolgung abgesehen. Ich hoffe, Sie ändern nicht den Kurs. Machen Sie so weiter, wie Sie es jetzt tun. Danke!

Danke, dass Sie – im Gegensatz zum Innenminister – die ganzen Polizisten schützen, die ihre Arbeit so wunderbar machen.

Danke, dass sie meinen Papa schützen.

Korbinian J.

Volle Solidarität mit der Polizei

Nach den unglaublichen Vorfällen der letzten Tage möchte ich Ihnen für Ihren Einsatz danken, auch wenn ich aus eigener Erfahrung nicht immer mit der Handlungsweise einiger Kollegen im Einsatz einverstanden war. Mit diesen Schreiben möchte ich trotzdem meine volle Solidarität für die Polizei ausdrücken, da es nicht sein kann, dass Beamte im Dienst körperlich angegangen, und verletzt werden. Die Zustände der Gewalt gegen Beamte, und die Zerstörung von fremdem Eigentum sind nicht zu rechtfertigen und unerträglich!

Thomas S.

Problem: Gewalt gegen Polizei

(...) aufgrund der jüngsten Ereignisse in Göttingen, Stuttgart und der „Kolumne“ in der „taz“ möchte ich die GdP auffordern, lautstark an die Öffentlichkeit zu treten. Wir haben in Deutschland kein Problem mit Polizeigewalt sondern ein Problem mit der Gewalt gegen die Polizei!

Willi O.

Nicht von Irren unterkriegen lassen

(...) Ich bin zwar im Prinzip eine Linke, was den Sozialstaat anbetrifft, aber ich war nie gegen die Polizei. Im Gegenteil! Was kann man als BürgerIn jetzt tun, um Solidarität zu zeigen? Wie wäre es mit der Wiederaufrechterstellung des Aufkleber: Polizei, Dein Partner? Lassen Sie sich von den Irren nicht unterkriegen.

Elke S.



Schäden nach der Krawallnacht zum 21. Juni in Stuttgart. Glasscheiben wurden eingeschlagen, Auslagen geplündert, polizeiliche Einsatzkräfte teils massiv attackiert.

Foto: Daniel Kuhn/skippa

Souveränität ist wichtig

(...) Ich glaube deshalb, dass ein austarierteres Maß an Reaktion von Ihnen, der Polizei, beziehungsweise der Repräsentanten nun wichtig ist. Souveränität ist wichtig. Die Gratwanderung zwischen Macht und Ohnmacht. Ich kann leider keine Welle der Solidarität für Sie in Bewegung setzen, aber ich möchte Sie zur Besonnenheit ermuntern und Ihnen versichern, dass auch nachhaltig Solidarität gegenüber Ihnen herrscht. Gegenseitiger Respekt ist in jeder Begegnung der Schlüssel dafür, dass Eskalationen aufgehalten werden.

Gisela S.

Bösartig

Derartige hasserfüllte und bösartige Kommentare sind auch verantwortlich für die Gewalt gegen die Polizei.

F. F.

Menschenverachtung

Und ich möchte mich, auch wenn ich selbst eher links orientiert bin, ganz ausdrücklich von dem Artikel in der „taz“ distanzieren. Der zeugt von einer tiefen Menschenverachtung, die jeglichen Humanismus vermissen lässt. Gleiches gilt für die üblichen Randalierer bei den Demos. Denen geht es nicht um soziale Gerechtigkeit, sondern nur um Gewalt. So ähnlich wie bei den Hooligans, wo es schon lange nicht mehr um Fußball geht. Ich bin keine Polizistin, sondern Ärztin. Im Übrigen auch kein „taz“-Leser, das ist nicht meine Welt.

Als Hausärztin kann ich nur sagen: Vielen Dank für eure schwierige Arbeit, die anstrengend aber auch erfüllend ist. Last Euch nicht unterkriegen und bleibt respektvoll und menschlich. Begebt Euch nicht auf das Niveau der vielen „einfach strukturierten“ mit denen ihr zu tun habt, haltet zusammen und achtet aufeinander, auch emotional.

Birgit J.

Größte Gefahr für unsere Demokratie

Als Immigrant aus Vietnam im Jahr 1970, zunächst als Student, Hochschulabsolvent, gearbeitet, heute als Rentner. Also 50-jähriges Leben in meiner zweiten Heimat Deutschland. Die geistige „Brandstiftung“-Gedanken u.a. von Frau Esken (SPD) „latenter Rassismus der Polizei“, oder die Kolumne in der „taz“: „Polizei, Müll“ könnten nur ein Ziel haben, die deutsche Polizei weich zu klopfen, zu verunsichern. Damit die Polizei gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund besonders RÜCKSICHTSVOLL verhalten oder deren Straftaten sogar WEG ZU SCHAUEN, um den Vorwurf des Rassismus zu entgehen und dass die jungen Menschen diesen ehrenwerten Polizeiberuf meiden. Dies ist die größte Gefahr für unsere Demokratie.

Hai N.



Am 8. September 2020 verhandelt der Deutsche Presserat die Beschwerden über die „taz“-Kolumne.

Worte der Unterstützung

(...) möchte Ihnen nach den unsäglichen Vorgängen in Stuttgart und dem taz-Artikel einfach Worte der Unterstützung zukommen lassen.

Danke, dass Sie den Rechtsstaat verteidigen und die Bürger schützen.

Birgid T.

Bewundere Ihren Langmut

(...) und möchte hiermit klarstellen, dass auch viele Bürger froh sind, dass die Polizis-

ten für unsere Sicherheit sorgen. Ich persönlich bewundere den Langmut, den sie häufig an den Tag legen. In solchen Situationen könnte ich selbst nicht so ruhig bleiben.

Heide W.

Muss gehandelt werden

Liebe Polizei, es ist ein Skandal, was Euch in Stuttgart passiert ist. Und diesen Text über Euch im Allgemeinen finde ich so etwas von unverschämte und muss unbedingt gehandelt werden, das hat nicht im Geringsten etwas mit Satire zutun. Ich war und bin entsetzt was ich da zu lesen bekam. Ich möchte hiermit meine Solidarität zu Euch bezeugen.

Gaby B.

Skandal: Wenig Unterstützung aus der Politik

Ein Skandal ist zudem, dass einige Politiker der Polizei und generell den Sicherheitskräften Rassismus vorwerfen. Warum wehrt sich die Polizei nicht dagegen? Was soll aus unserer Polizei werden?

Die Prügelknaben der Nation sind sie ja bereits. Schade nur, dass aus der Politik zu wenig Unterstützung für die Polizei kommt.

Rüdiger D.

ANZEIGE

Top-Angebote für Spürnasen

Die Beweise sprechen für sich –
Business Mobil S:

6 GB + 3 GB Highspeed-Volumen im Monat, LTE Max und 5G, Telefonie- und SMS-Flat in alle deutschen Netze, StreamOn Music¹ sowie HotSpot Flat bringen Klarheit: Business Mobil S ist verboten gut!

mit Smartphone mtl. nur

41,56 €²

**BIS
DEZEMBER
NUR 16 %
MWST.⁴**



Top Smartphone-Angebot, z. B. das Samsung Galaxy A51 für nur 47,96 € brutto³: Beeindruckendes Design mit Infinity-O-Display, Super-AMOLED-Technologie und leistungsstarkem 4.000-mAh-Akku⁵.

Jetzt informieren!

- Ihre Vorteilsnummer: **MA177**
- Mitarbeiter-Hotline: **0800 3300 34531**
- E-Mail: **rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de**

In Kooperation mit



ERLEBEN, WAS VERBINDET.



GdP-Plus Partner

Alle Preisangaben brutto. Änderungen und Irrtum vorbehalten. 1) Gilt für Musikdienste teilnehmender Partner: Liste einsehbar unter www.telekom.de/streamon. 2) Monatlicher Grundpreis 33,56 € brutto (ohne Smartphone) und 41,56 € brutto (mit Smartphone). Mindestlaufzeit 24 Monate. Im monatlichen Grundpreis sind eine Telefon- und eine SMS-Flatrate in alle dt. Netze enthalten. Ab einem Datenvolumen von 6 GB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 KBit/s (Download) und 16 KBit/s (Upload) beschränkt. Die HotSpot Flatrate gilt für die Nutzung an inländischen HotSpots der Telekom Deutschland GmbH. Maximal verfügbare LTE-Geschwindigkeit von bis zu 300 MBit/s im Download und 50 MBit/s im Upload ist u. a. abhängig vom Endgerätetyp und Netzausbaubereich. 5G ist bereits an folgenden Standorten verfügbar: Berlin, Bonn, Darmstadt, Köln, München, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig. Informationen zum Netzausbau und zur jeweiligen örtlich verfügbaren Mobilfunk-Technologie erhalten Sie unter telekom.de/netzausbau. 3) Der Smartphone-Sonderpreis gilt bei Vertragsabschluss mit Tarif bei Neuvertrag und Vertragsverlängerung im Tarif Business Mobil S mit Smartphone. 4) Alle dargestellten Preise enthalten noch 19 % MwSt. Vom 01.07. bis voraussichtlich 31.12.2020 wird bei der Abrechnung der Bruttopreise die geringere Mehrwertsteuer von 16 % berücksichtigt – und der niedrigere Bruttopreis in Rechnung gestellt. 5) Die mAh-Angaben beziehen sich auf den typischen Wert der Akkukapazität, der unter Laborbedingungen ermittelt wurde. Die nach der einschlägigen Norm IEC 61960 ermittelte (Mindest-) Kapazität beläuft sich auf einen geringeren Wert. Die tatsächliche Akkulaufzeit kann je nach Netzwerkumgebung, Nutzerverhalten und anderen Faktoren variieren. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

Titel

MENSCHENRECHTSBILDUNG IN DER POLIZEI

Die richtigen Fragen stellen können

George Floyd: Der Tod des Afroamerikaners durch unverhältnismäßige US-Polizeigewalt hat hierzulande zu einer breiten, erhitzten Debatte über Rassismus und Polizeigewalt geführt. Es zeichnet die Polizei aus, sich ernsthaft mit solcher Kritik auseinanderzusetzen. Wie das mit Leben gefüllt wird, erläutert DP-Autor Dr. Jochen Christe-Zeyse. Er bildet junge Polizistinnen und Polizisten aus. Dabei geht es vor allem um das Vermitteln von Haltung und einer gesunden Skepsis.

Dr. Jochen Christe-Zeyse

Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg

Christe-Zeyse ist kein Polizist. Und doch spricht er vom „wir“ und von „unserer Polizei“. DP erklärt er: „Wenn ich ‚wir‘ sage, heißt das nicht, dass ich so tue, als sei ich Polizist. Es heißt nur, dass mir die Organisation so am Herzen liegt, als wäre ich einer.“

Das Lagebild

Das Klima wird rauer. Nachdem am 25. Mai Floyd in Minneapolis unter dem Knie eines weißen Polizeibeamten starb, protestierten kurz darauf Tausende von Menschen in den USA und in anderen Ländern gegen rassistisch motivierte Polizeigewalt. Auch in Deutschland. Mitte Juni erschien in der „Tageszeitung“ (taz) die offenbar satirisch gemeinte Kolumne, in der sich eine Redakteurin die Polizeibeamtinnen und -beamten auf die Müllhalde wünscht. Wenige Tage später verwandelten Chaoten die Stuttgarter Innenstadt nach einer Routinekontrolle der Polizei in ein Trümmerfeld. Und es sieht nicht so aus, als hätten wir den Höhepunkt der Entwicklung bereits erreicht.

Die Reaktionen aus weiten Teilen der Organisation ließen nicht lange auf sich warten, und sie sind psychologisch auch leicht nachvollziehbar: Wenn eine Gefahrengemeinschaft (was die Polizei ohne Zweifel ist) von außen angegriffen wird, werden die Reihen geschlossen. Viele der geäußerten Argumente sind auch richtig: Was in den USA (leider) immer wieder passiert, wäre in der Bundesrepublik die absolute Ausnahme. Die Ausbildung deutscher Polizeibeamtinnen und -beamter ist deutlich länger und deutlich besser als in den allermeisten anderen Ländern der Erde – als in den USA auf jeden Fall. Zu der Kolumne in der „taz“ ein weiteres Wort zu verlieren, verbietet sich von selbst. Und für das Verhalten der Chaoten in Stuttgart in der Nacht auf den 21. Juni gibt es keinerlei Entschuldigung.

Doch so nachvollziehbar der Reflex auch sein mag, in solchen Zeiten die Reihen zu schließen und der Öffentlichkeit gegenüber darauf hinzuweisen, wie gut ausgebildet, wie angesehen, integer und professionell unsere Polizeibeamtinnen und -beamten in der Regel sind, so gebietet es doch die Ehr-

lichkeit, sich einzugestehen, dass einige in unseren Reihen es leider nicht sind. Oder jedenfalls nicht immer.

Wie viele in dieser Hinsicht immer wieder negativ auffallen, wissen wir leider nicht. Aber es gibt sie: diejenigen unter uns, die eine tiefe Abneigung gegen bestimmte Minderheiten haben und das immer wieder zeigen; diejenigen, die aus ihrer gruppenbezogenen Menschenverachtung keinen Hehl machen; diejenigen, die auffallend oft Anzeigen wegen Körperverletzung im Amt bekommen oder auffällig oft Anzeigen wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte schreiben; diejenigen, die es für eine besondere Art von Humor halten, immer wieder rassistische oder sexistische Witze zu reißen und diejenigen, bei denen der Streifenpartner immer mal wieder Grund hat, sich leise zu wünschen, der geschätzte Kollege möge doch bitte mal die Klappe halten und nicht ständig diese peinlichen und ärgerlichen Dinge sagen. Ja, wir haben auch solche in unseren Reihen und man tut unserer Polizei nicht unrecht, wenn man feststellt, dass man nicht immer alles mitbekommen möchte, was im Streifenwagen oder auf der Wache mitunter so gedacht, gesagt und getan wird.

Die Polizei als Spiegelbild der Gesellschaft?

Wenn man diesen Umstand anspricht, hört man oft den Satz: „Die Polizei ist eben ein Spiegelbild der Gesellschaft“. Das soll wohl tröstend wirken, ist es aber nicht. Denn unsere Gesellschaft gibt auch nicht in allen Segmenten ein beruhigendes Bild ab. Je nach Erhebungsmethode gehen Extremismusforscher von einem Anteil von rund 20 Prozent der Bevölkerung aus, die zumindest teilweise rechtspopulistische Ansichten haben, wobei ein geschätzter Anteil von ungefähr 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung ein mehr oder weniger verfestigtes rechtsextremes Weltbild aufweist. Der Konsens sollte jedoch groß sein, dass unsere Ansprüche an Normentreue, an rechtsstaatliches Bewusstsein, an die Kenntnis der Grundrechte und an ein selbstverständliches Maß an Professionalität in der Polizei deutlich höher sein müsste als bei den Menschen, die eine vergleichbare Ausbildung, wie sie die Polizei genießt, nicht durchlaufen haben. Eine Organisation, die ihren Mitgliedern die Befugnis

DP-Autor Dr. Jochen Christe-Zeyse ist seit 2008 Vizepräsident der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg. Der studierte Politikwissenschaftler arbeitete zuvor im baden-württembergischen Innenministerium sowie an der Polizei-Führungsakademie in Münster, der heutigen Deutschen Hochschule der Polizei.

Foto: privat



verleiht, in die Grundrechte Anderer einzugreifen, sie unter bestimmten Bedingungen zu fesseln, zu verhaften, zu verletzen oder sogar zu töten, kann es nicht zulassen, dass in ihren Reihen Menschen Dienst tun, die ganze Bevölkerungsgruppen pauschal für minderwertig halten, die Menschen ablehnen und schlecht behandeln, nur weil diese sich mit Bezug zu ihrer Hautfarbe, ihrer Muttersprache, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Identität von der Bevölkerungsmehrheit unterscheiden. Allein schon deshalb darf es nicht den leisesten Zweifel geben, dass jeder einzelne Rechtsextreme, jeder einzelne Rassist in unserer Polizei einer zu viel ist.

Die These von der Polizei als Spiegelbild der Gesellschaft ist noch in anderer Hinsicht problematisch. Die Polizei als Organisation ist eben auch attraktiv für einen besonde-

ren Persönlichkeitstypus, der für die Weltbilder des Rechtsextremismus empfänglicher ist als andere. Menschen mit rechtsextremen Einstellungen mögen Hierarchien, sie mögen militärisches Zeremoniell, Zucht und Ordnung, Befehl und Gehorsam, haben ein Faible für Waffen und für Gewaltanwendung, sie üben gern Macht aus gegenüber anderen, und sie denken gern in Kategorien des Oben und Unten. Das Team um den Soziologen und Philosophen Theodor W. Adorno hat hierfür bereits vor ungefähr 70 Jahren den (in der Fachwelt mittlerweile umstrittenen) Begriff der „autoritären Persönlichkeit“ geprägt. Für solche Menschen sind soziale Dienste, Kreativagenturen, Universitäten oder die Kunstszene keine attraktiven Arbeitgeber. Ich sage nicht, dass alle Polizeibeamtinnen und -beamte eine autoritäre Per-

sönlichkeit haben, denn eine solche Aussage wäre sachlich falsch. Aber ich sage, dass Menschen mit einer solchen Persönlichkeit die Polizei als Betätigungsfeld oft attraktiv finden und wir als Organisation aufpassen müssen, wenn sich solche Menschen bei uns bewerben.

Eine Frage der Haltung

Doch wie erreicht man das Ziel, dass die staatliche Exekutive und insbesondere ihr bewaffneter Teil wirklich fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht und keine gesetzes-treue Bürgerin und kein gesetzesstreuer Bürger nur deshalb Angst vor der Polizei haben muss, weil sie oder er einer wie auch immer definierten Minderheit angehört?

ANZEIGE

Stabil wie Stahl, leicht wie Aluminum und komfortabel wie Carbon:
Ab sofort können GdP Mitglieder die starken
Bambus Bikes von my Boo exklusiv günstig leasen.

Nachhaltigkeit
& Engagement

Ein Angebot der
 el Leasing & Service AG
 Hannover



Nutze jetzt unseren Händler
Rabatt beim Leasen eines my
Boo Bikes deiner Wahl.

Gültig bis zum 30.11.2020
 Vertragslaufzeit 36 Monate

„Ein Fahrrad aus einem nachwachsenden Rohstoff, kombiniert mit sozialem Engagement und einem hohen Qualitätsanspruch. Das ist seit 2012 unsere Mission.“

Maximilian Schay und
 Jonas Stolzke, my Boo
 Gründer

Alle Infos findest du auf
www.my-boo.de/GdP5

Oder einfach den QR-Code scannen:



Weitere Partnerhändler der el Leasing & Service AG findest du wie gewohnt im GdP Portal.

Das geht nur, wenn die anderen Organisationsmitglieder selbst darüber wachen, dass in ihren Reihen nichts Problematisches gedeihen kann. Es geht um nichts weniger als darum, im richtigen Moment Haltung zu zeigen. Haltung zeigen, wenn der Streifenpartner den dunkelhäutigen Bürger nur deshalb kontrollieren will, weil er eine dunkle Haut hat, sonst aber nichts auf etwas polizei- oder strafrechtlich Relevantes hindeutet. Haltung zeigen, wenn der Kollege immer wieder abfällige Witze reißt über bestimmte Bevölkerungsgruppen oder sich in anderer Art und Weise menschenverachtend äußert. Haltung zeigen, wenn die professionellen Standards bei der Fixierung eines widerständigen Bürgers oder im Polizeigewahrsam nicht eingehalten werden. Haltung zeigen, wenn der Kollege in stressigen Situationen immer wieder die Nerven verliert und übers Ziel hinausschießt. Und Haltung zeigen, wenn Zynismus und Menschenverachtung in der Dienstgruppe als normal gelten und keiner mehr solchen Äußerungen widerspricht. (Kleine Anmerkung: Wer sich daran stört, dass ich immer wieder nur die männliche Form verwende, sei versichert: Es ist Absicht. Die große Mehrheit der Polizeibeamten mit einer in dieser Hinsicht problematischen Haltung besteht nach meiner langjährigen Erfahrung aus Männern.)

Im dienstlichen Alltag, wenn nötig auch gegenüber den eigenen Kolleginnen und Kollegen, Haltung zu zeigen, verlangt dem Einzelnen einiges ab. Gerade in einer Organisation, die so stark auf den Teamzusammenhalt angewiesen ist wie die Polizei, erfordert es einiges an Mut, sich auch einmal gegen den eigenen Streifenpartner oder gegen Teile der Dienstgruppe zu stellen und laut zu sagen: „Lass das bitte!“

Drei Voraussetzungen müssen gegeben sein, um diese Haltung zu ermöglichen: ein sorgfältiges Auswahlverfahren für den polizeilichen Nachwuchs, eine gute Ausbildung mit einer entsprechend konsequenten Wertevermittlung sowie ein wertebasiertes und konsequentes Führungsverhalten im dienstlichen Alltag.

Die Aufgabe der Ausbildung

Als Verantwortlicher für die Ausbildung des mittleren und gehobenen Dienstes in der Polizei Brandenburg konzentriere ich mich im

„
Es geht um nichts
weniger als darum,
im richtigen Moment
Haltung zu zeigen.“

Folgenden auf den zweiten Aspekt. Es geht um die Frage, was eine polizeiliche Bildungseinrichtung tun kann, um die oben beschriebene Haltung zu erzeugen. Als Quintessenz aus den bisherigen Erfahrungen lassen sich sechs Grundsätze formulieren:

Klare normative Orientierung

Gerade für angehende Polizeibeamtinnen und -beamte ist es wichtig, von Anfang an einen klaren normativen Rahmen vorgegeben zu bekommen. Sie müssen sehr früh vermittelt bekommen, dass Meinungsfreiheit ein hohes Gut ist, dass es hierfür aber Grenzen gibt und extremistisches Gedankengut, Rassismus, Sexismus oder jede Form von Menschenverachtung in der Polizei nicht geduldet werden.

Eine solche Haltung muss von den Führungskräften der polizeilichen Bildungseinrichtung, von jeder einzelnen Lehrkraft und vor allem von den „Bärenführern“, also den Betreuerinnen und Betreuern in den polizeilichen Praktika, vorgelebt werden. Und Verstöße gegen diese Normen müssen auch rigoros sanktioniert werden. Dies bezieht sich auf rassistische oder sexistische Witze, auf entsprechende „Posts“ oder „Likes“ in den sozialen Medien, auf Mobbing in der Gruppe, auf abfällige und zynische Sprüche gegenüber Menschen, mit denen man im Einsatz zu tun hat, und was es an derartigen Erscheinungsformen einer problematischen Grundhaltung mehr gibt.

In dem Zusammenhang ist auch auf die generalpräventive Wirkung einer schnellen

und konsequenten Sanktion zu achten: In nahezu jedem Jahrgang gibt es Anwärtnerinnen oder Anwärter (auch hier wieder in erster Linie Männer), die mit dem Argument „das war doch nur ein Scherz“ oder „das wird man doch wohl noch sagen dürfen“ Dinge äußern, die berechtigte Zweifel entstehen lassen an der charakterlichen Eignung der betreffenden Person für einen so verantwortungsvollen Beruf, wie es der Polizeiberuf nun einmal ist.

Solide Faktengrundlage

Die eben beschriebene Orientierung der Anwärterinnen und Anwärter an den für die Polizei unverzichtbaren rechtlichen, ethischen und professionellen Normen und Grundsätzen bedarf selbstverständlich auch einer soliden Faktenbasis. Es reicht nicht, das Gute nur zu wollen, man muss auch die gesetzlichen Grundlagen kennen, an denen sich die Polizei zu orientieren hat. Doch Rechtskenntnisse sind nicht alles. Gute Polizeibeamtinnen und -beamte müssen auch wissen, wie Menschen als Individuen und in Gruppen agieren und reagieren, sie müssen wissen, wie unsere Wahrnehmung und unsere Kommunikation funktioniert (und manchmal auch nicht funktioniert). Gute Polizeibeamtinnen und -beamte brauchen auch ein gutes Gespür für die Gründe, warum wir Menschen oft Dinge falsch einschätzen, warum uns unsere Erinnerung trügen kann, warum Menschen die Unwahrheit sagen oder Straftaten begehen. Dabei geht es nicht um ein Bauchgefühl oder eine Alltagserfahrung, sondern man braucht ein solides Faktenwissen aus den Fächern Psychologie, Kriminologie und Kriminalistik. Dazu kommt: Um Phänomene im wirklichen Leben überhaupt erst erkennen zu können, braucht man Begriffe für diese Phänomene, und diese Begriffe muss man sich in den jeweiligen Fächern aneignen. Und ja, man braucht auch die dazu gehörigen Theorien, um zu begreifen, warum die betreffenden Phänomene so auftreten und nicht anders.

Wissen allein erzeugt noch keine Haltung

Unsere Anwärterinnen und Anwärter werden nicht automatisch dadurch zu guten Polizisten, dass man ihnen die Funktionsweise einer Demokratie erklärt und sie die Grundrechte, das Strafrecht und die Bestim-

mungen des jeweiligen Polizeigesetzes lernen lässt. Die reine Vermittlung kognitiven Wissens ist nur selten in der Lage, bisherige Denk- und Wahrnehmungsformen zu reflektieren oder eine bestimmte Haltung zu erzeugen. Eine gute Polizeiausbildung schafft es, die Anwärterinnen und Anwärter bei ihren eigenen Erfahrungen abzuholen, sie dabei auf eine anregende Art und Weise zu irritieren, sie bisherige Denkgewohnheiten und liebgelebte Gewissheiten hinterfragen zu lassen, sie vor herausfordernde Aufgaben zu stellen und damit auch bei der Vermittlung von Faktenwissen „Aha-Effekte“ zu erzeugen. Damit werden Lernsituationen geschaffen, die im Gedächtnis bleiben, und so bleibt das auf diese Art erworbene Wissen auch über die nächste Modulprüfung hinaus erhalten und kann im dienstlichen Alltag wirksam werden.

Fächerübergreifende Vernetzung

Es gibt in der Polizei immer noch das weit verbreitete Vorurteil, dass es in der Ausbildung „harte“ und „weiche“ Fächer gibt. Die harten Fächer handeln von allem, was bei der praktischen Bewältigung des Einsatzgeschehens relevant ist. Das betrifft die Einsatz- und die Verkehrslehre, die Kriminalistik, die praktischen Trainings, aber auch die Rechtsfächer. Die weichen Fächer umfassen vor allem alles, was mit Sozialwissenschaften (Psychologie, Soziologie, Politologie), Führungslehre, Ethik und Geschichte zu tun hat. Als weich gelten diese, weil sie nach wie vor in dem Ruf stehen, dass es hier vor allem ums Zuhören, Verstehen und Reden geht, um mehrdeutige Begriffe und abgehobene Theorien.

Solange aber in der Ausbildung die „gelernten Polizisten“ für das Praktische zuständig sind und die Psychologen „fürs Quatschen“, wird eine Haltung, wie ich sie bereits skizziert habe, nicht entstehen können. Der Respekt für die Bürgerinnen und Bürger, die vor einem stehen, die soziale Kompetenz bei einer Vernehmung, die nüchtern-professionelle und vorurteilsfreie Herangehensweise an einen Einsatz, das Gespür für die eigene Rolle und für die unterschiedlichen Perspektiven des „polizeilichen Gegenübers“ – das alles muss in den polizeipraktischen Fächern genauso gelebt werden wie in den vermeintlich theoretischen Sozialwissenschaften.

Auf die richtigen Fragen kommt es an

Nur wenn die Anwärterinnen und Anwärter erkennen, dass die Diskussion über Rassismus, Sexismus, Diskriminierung oder Stereotype auch für die professionelle und qualitativ hochwertige Ausübung des Polizeidienstes wichtig ist, werden sie sich diesen Inhalten mit der gleichen Motivation und Intensität zuwenden, wie dies bei polizeinahen Fächern wie Einsatzlehre, Verkehrslehre oder Kriminalistik zu beobachten ist. Es muss also deutlich werden, dass die in diesem Kontext vermittelten Kompetenzen und Inhalte für die Polizeiarbeit sehr viel relevanter sind, als es den Anschein hat, dass sie sich nicht in den luftigen Höhen abstrakter und praxisferner Wissenschaftlichkeit bewegen, sondern dass sie ganz konkret dazu beitragen, aus den Anwärterinnen und Anwärtern professionelle, reflektierte, sozial kompetente Polizeibeamtinnen und -beamte zu machen.

Auch wenn es an dieser Stelle befremdlich klingen mag, so kann bei der Bewältigung dieser anspruchsvollen Aufgabe die Wissenschaft helfen. Denn diese ist weniger abgehoben und praxisfern, als viele in der Polizei glauben. Wissenschaft basiert – genauso wie gute Polizeiarbeit – darauf, die richtigen Fragen stellen zu können. Beispielsweise: „Ist der Sachverhalt wirklich so, wie er auf den ersten Blick erscheint?“ oder: „Ist meine Informationsquelle glaubwürdig und seriös?“ „Welche Interessen verfolgt die Person möglicherweise, von der ich eine Information bekomme?“ „Könnte es möglicherweise ganz anders (gewesen) sein?“ „Welche Version wäre sonst noch plausibel?“ „Ist der Sachverhalt eindeutig, oder sind mehrere Deutungen möglich?“ „Wie sähe das Phänomen aus der Perspektive eines anderen Menschen aus?“ Ein guter Wissenschaftler stellt sich solche Fragen in seiner täglichen Arbeit genauso, wie sie sich ein guter Polizist stellt – sei es bei einer Vernehmung, sei es in einem Ermittlungsverfahren oder bei der Recherche zur Lösung eines bestimmten Problems.

Verzicht auf den erhobenen Zeigefinger

Politische Bildung und Menschenrechtserziehung sollten nicht moralisieren, mit dem schlechten Gewissen arbeiten oder den Eindruck erwecken, Polizeibeamtinnen und

-beamte stünden grundsätzlich in Gefahr, menschenverachtende, zynische oder rassistische Neigungen zu entwickeln. Man kann eine Haltung nicht durch Belehrung erzeugen, sondern nur dadurch, dass man den Anwärterinnen und Anwärtern die Gelegenheit gibt, sich in andere Rollen und Perspektiven hineinzusetzen, dabei aber auch persönliche Erfahrungen, Sympathien und Antipathien, die eigenen Bauchgefühle und Stereotypen zur Sprache zu bringen und offen zu diskutieren. Bei aller gebotenen Klarheit der normativen Orientierung: Ein erhobener Zeigefinger, die Moralkeule als „Diskursstopper“ oder die penetrant durchgesetzten Sprachcodes der „political correctness“ erzeugen bei unserer Zielgruppe oft eher Unwillen und Widerstand und (ver)föhren zur Suche nach Gründen, sich der Wirkung des erhobenen Zeigefingers entziehen zu können.

Sensibilität und hoher Anspruch

Das skizzierte Ausbildungsziel ist ausgesprochen anspruchsvoll. Die Bildungseinrichtungen der Polizei und vor allem die Polizeihochschulen und -fachbereiche haben in dieser Hinsicht im Laufe der vergangenen 20 Jahre eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. An den verantwortlichen Stellen dort sitzen ohne Ausnahme Personen, die ausgesprochen sensibel sind, was die erwähnten Gefährdungen angeht, und die erhebliche Anstrengungen unternehmen, dass die angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten im Rahmen ihrer Ausbildung die einschlägigen Kenntnisse vermittelt bekommen und vor allem entsprechend sensibilisiert werden. Inzwischen können wir auf einen reichhaltigen Schatz an Erfahrungen zurückgreifen, welche didaktischen Konzepte Wirkung erzielen und welche nicht, welche Aspekte man in diesem Zusammenhang beachten muss und welche Fehler man nicht machen sollte. Ausbildung in dieser Hinsicht stetig weiterzuentwickeln und den aktuellen Herausforderungen anzupassen, bleibt auch weiterhin eine herausforderungsvolle Aufgabe. Doch die Bildungseinrichtungen unserer Polizei sind in dieser Hinsicht besser aufgestellt als entsprechende in den meisten anderen Ländern dieser Erde. Wir brauchen uns in dieser Hinsicht vor niemandem zu verstecken. ■

Titel

DP-Autor Prof. Dr. rer. pol. habil. Stefan Piasecki
lehrt an der Fachhochschule für
öffentliche Verwaltung NRW (FHöV)
Soziologie und Politikwissenschaften.



Der Kommentar zur
„taz“-Kolumne des Medien-
wissenschaftlers Prof. Dr.
Thomas Hestermann
auf gdp.de



Foto: panoramika - stock.adobe.com

„taz“-DEBATTE

Menschen auf den Müll?

Prof. Dr. Stefan Piasecki



Foto: privat

Eine Menschengruppe wird pauschal abqualifiziert und diskriminiert, einzelne Mitglieder als nicht tauglich für die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft bezeichnet. Man wünscht sie auf die Müllkippe, ein Problem wird entsorgt. Aussagen, die jedes private Gespräch abrupt beenden würden, gelten der „taz“ als druckfähig, gar als Satire.

Nicht zum ersten Mal agierten die redaktionellen Kontrollorgane der alternativen „Tageszeitung“ fragwürdig. Auch über Thilo Sarrazins körperliche Behinderung durften Witze gemacht werden. Zuletzt wurde also gegen Polizeibeamte polemisiert, und Personen des öffentlichen Lebens solidarisierten sich damit. Sind gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Stereotypisierung, ausbleibende Differenzierung okay, wenn es gegen bestimmte Gruppen geht? Oder doch nicht?

Dass Menschen eine solche private Meinung haben und Zeitungen sie in Leserbriefen veröffentlichen, um den Diskurs abzubilden, ist hinzunehmen. Doch als Meinungsartikel im redaktionellen Teil? Jetzt muss sich die „taz“ – bis zum letzten Tropfen Druckertinte – für die Rechte auch kleins-

ter Gruppen und von Individuen kämpfend – fragen lassen, was sie von verallgemeinernden Internet trolls oder rechten Webportalen unterscheidet – oder von linksradikalen Verschwörungstheoretikern in der Tradition von Kräften, die in den vergangenen Jahrzehnten wenig daran fanden, Vertreter des „Bullenstaates“ anzugreifen, zu verletzen oder zu töten. Wahrhaftig einzutreten für gesellschaftliche Stabilität, Demokratie und Meinungsfreiheit sieht anders aus.

Die Polizei, ebenso wie Bundeswehr, das Rote Kreuz und andere, ist ein Querschnitt der Gesellschaft. Hier gibt es in allen Hautfarben Variationen von Wesenszügen – ebenso wie unter Journalisten. Auch dort finden sich nicht nur Edelfedern und Intellektuelle. Wer würde das bezweifeln? Wer aber wie die „taz“ das Gute und Böse so stereotyp trennt, muss sich vorwerfen lassen, allgemeine Grundrechte selektiv zu ignorieren.

Eine weitere Frage drängt sich auf: Wer kümmert sich bei der „taz“ eigentlich um die Autoren? Wäre es nicht fruchtbarer, journalistisches Talent beratend zu entwickeln? Oder ist in Zeiten sinkender Auflagen der Kick auf den Click, die Lust nach

der Schlagzeile wichtiger als alles andere? Schade, ein linksalternatives Zeitungsprojekt macht sich gerade unmöglich, dabei würde es gebraucht. Beispielsweise um die Frage zu stellen, warum eigentlich ein Vorfall in den USA ohne Zeitverzögerung vollkommen unreflektiert auf die Bundesrepublik übertragen wird, während andere alltägliche Menschenrechtsverletzungen viel geringeren Widerhall finden?

Struktur und Arbeitsweise der deutschen Polizei würden in vielen Ländern der Welt von den Menschen begrüßt und gewünscht. Stattdessen ignoriert die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik viel zu oft, wie kleptokratische Systeme mit europäischem Geld ihre Herrschaft zementieren und kritische Menschen verhaften, sie ihrer Perspektiven berauben, töten oder aus ihren Ländern drängen. Wenn man schon ausländische Ereignisse auf die Bundesrepublik beziehen möchte, dann wären dies doch lohnende Themen, denn die Leidtragenden dieser Entwicklungen kommen auch nach Deutschland, ebenso wie übrigens die Protagonisten der alten Eliten, die Korrupten und Folterknechte – nach dem nächsten Staatsstreich.

Ich habe bereits vor fast zehn Jahren Onlinekommentare auf Diskriminierungen untersucht, bevor man öffentlich „Fake-News“ oder „Hasssprache“ diskutierte. Der publizistische Cordon Sanitaire nach Rechtsaußen ist intakt und wurde seitdem gestärkt. Hass und Hetze von links scheint dagegen weiter salonfähig zu werden. Gegen die sich seit Jahren abzeichnenden Verteilungskämpfe um Ressourcen und öffentliche Räume, für deren Verhinderung die gesellschaftliche antitotalitäre Übereinkunft immer wichtiger wird, leistet die „taz“ hier keinen produktiven Beitrag.

Der Kollege Thomas Hestermann aus Hamburg beklagte auf gdp.de zuvor eine zunehmende Verunglimpfung öffentlicher Würdenträger. Für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte sieht es nicht minder brisant aus. Oder wollen wir von Mitarbeitern der Ordnungsämter, Finanzbehörden, Amtsgerichte oder gar von Gerichtsvollziehern sprechen? Vielleicht von Schaffnern?

Die öffentliche Ordnung erodiert auf breiter Linie. Individuelles Fehlverhalten ist zu ahnden, selbstverständlich. Aber pauschale Diskriminierungen polarisieren und begünstigen Zustände, die man stets vorgab, nicht zu wollen. ■

POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE THEMEN AUSGABEN PRODUKTE SERVICE

Sie sind hier > Startseite

Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

SCHWARZES BRETT


[Newsletter - keine neuen Beiträge verpassen!](#)

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Eine Auswahl der Beiträge aus der aktuellen Ausgabe als Erste / Erste [\[mehr erfahren\]](#)

ENFORCE TAC 2020 - Neuer Termin: 01.09.20 - 02.09.20

Auf der Enforce Tac in Nürnberg tauschen sich internationale Sicherheitsexperten daher in jährlichem Turnus über die neuesten Entwicklungen und Produkte aus den Bereichen Law Enforcement, Sicherheit und taktische Lösungen [\[mehr erfahren\]](#)


NEWSLETTER ABONNIEREN



Hart im Nehmen - Tactical Time Piece 500

Nutzen Sie den Gutscheincode unter www.polizeipraxis.h3uhr.com [\[mehr erfahren\]](#)

NEUE ARTIKEL



MP5 Midlife-Improvement

Upgrade-Optionen für die "Standard-MP" der deutschen Polizei [\[mehr erfahren\]](#)

Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



Im Gespräch

VORURTEILE

Sie aufzugeben ist befreiend

Die Debatte über Rassismus in der Polizei hält weiter an. Die Wurzel allen Übels? Womöglich das Vorurteil. DP wollte wissen, woher kommt unser Schubladendenken? Wie prägen Vorurteile unsere Identität? Und können wir uns jemals davon frei machen? Ein Gespräch mit dem Konflikt- und Gewaltforscher Professor Dr. Andreas Zick.

Das Gespräch führte DP-Chefredakteur

Michael Zielasko

DP: Sie forschen unter anderem zu Rassismus und Vorurteilen. Gehören nicht Vorurteile generell zur menschlichen Kommunikation?

Prof. Dr. Andreas Zick: Einerseits ja, weil Menschen dazu neigen, andere verzerrt wahrzunehmen oder auch nicht alle Informationen über andere verarbeiten können. Wir ordnen Menschen automatisch und unbewusst in Schubladen, also Kategorien, und das ist der erste Schritt, Informationen verzerrt zu verarbeiten. Wir fügen dann Merkmale zu, wir stereotypisieren. Es kommen weitere Verzerrungen dazu. Es erscheint auf den ersten Blick „natürlich“ zu sein, Vorurteile zu haben, wie auch Irren menschlich ist, aber das täuscht und wäre ein falsches Bild. Auch wenn es beruhigen mag. Wahrnehmungsfehler sind keine Vorurteile.

Es geht auch nicht darum, Urteile mit Vorurteilen gleichzusetzen. Soziale Vorurteile sind motivierte und verallgemeinern Zuschreibungen von Merkmalen zu Grup-

”

Vorurteile gegen Gruppen werden in Gruppen an politische Meinungen angekoppelt, werden also zu gemeinsamen Weltsichten. Sie werden zur Norm und zum Merkmal der Identität.

pen oder Personen, weil sie bestimmten Gruppen angehören. Wir konzentrieren uns auf negative soziale Vorurteile. Motiviert heißt, es sind negative Gedanken, Gefühle wie auch Verhaltensweisen, die wir gegen andere richten, weil wir sie abwerten, als ‚anders‘, ‚abweichend‘, oder minderwertig beurteilen möchten. Sozial bedeutet, dass Menschen Vorurteile haben, die sie aus je-

nen Gruppen erhalten, mit denen sie sich identifizieren. Vorurteile sind zudem gesellschaftliche Phänomene. Demokratische Gesellschaften versuchen sie zu verhindern und zu reduzieren, weil sie gegen die Würde verstoßen und damit gegen Normen. Es sind eben Urteile, die gefällt werden, bevor wir Erfahrungen machen.

DP: Wie können Polizistinnen und Polizisten bewusst mit ihren Vorurteilen umgehen?

Zick: Zunächst ist es schon ein sehr guter Schritt, sich damit zu befassen. Wenn jemand sagt, „die sind so“, würde ich aufhören. Studien zeigen, dass Menschen, die sich damit befassen, warum und welche Vorurteile sie haben, durch diese Reflexion schon Vorurteile bremsen können. Wir haben vor einiger Zeit in einem Training zur interkulturellen Kompetenz bei der Polizei auch festgestellt, dass jene, die sich den Vorurteilen gestellt haben und sie überdacht haben, weniger Stress im Alltag haben und schneller Fakten wahrnehmen. Das gilt insbesondere für Situationen, in denen Vorurteile gegen Gruppen das behindern würde.

Das Problem ist, dass Vorurteile in Gruppen entstehen und dort Motive erfüllen. Das kennen wir von Stammtischen. In der Gruppe schafft das Vorurteil Zugehörigkeit, Zusammenhalt – wir können mit Vorurteilen andere beeinflussen. Vorurteile können die Welt ziemlich einfach erklären, es schafft Selbstwert und damit drücken wir Misstrauen aus. Wir müssen also jene Vorurteile bearbeiten, die Menschen an Gruppen binden und die nicht so schnell aufgegeben werden, weil sie Selbstwert schaffen.

DP: Lassen sich Vorurteile überhaupt ausblenden?

Zick: Ich glaube, dass es gerade bei der Polizei zum professionellen Handeln gehört, sie auszublenden und dass dies ein herausragendes Qualitätsmerkmal der Polizei sein kann und dort ist, wo es ernst genommen wird. Erinnern Sie die Charta von Rotterdam 1996. Dort heißt es: „Gerade weil sie im ‚Schaufenster der Gesellschaft‘ operiert, muss sie auch mit Nachdruck gegen Auswüchse wie Rassismus und Diskriminierung auftreten.“

Rotterdam betont die Stärke der Polizei, in dem dort die maximale Fairness gegenüber allen Gruppen und die Neutralität be-



Professor Dr. Andreas Zick

leitet das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Der Sozialpsychologe forscht unter anderem zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, Rechtsextremismus und -populismus sowie Vorurteilen und Rassismus.

Foto: Universität Bielefeld

”

Wir haben vor einiger Zeit in einem Training zur interkulturellen Kompetenz bei der Polizei auch festgestellt, dass jene, die sich den Vorurteilen gestellt haben und sie überdacht haben, weniger Stress im Alltag haben und schneller Fakten wahrnehmen. Das gilt insbesondere für Situationen, in denen Vorurteile gegen Gruppen das behindern würde.

tont werden. Das baut auf der Hoffnung wie dem Wissen auf, dass wir Vorurteile nicht nur ausblenden, sondern aufgeben können. Menschen können nicht nur Vorurteile haben, sie können sie auch aufgeben. Wir wissen aus der Forschung, dass interkulturelle Kontakte eine enorme Wirkung auf die Vorurteilsreduktion haben. In Rotterdam heißt es aber auch, die Polizei kann es nicht allein. Organisationen brauchen andere, die helfen. Wir brauchen gegenseitige Kontrolle und Hilfen. Wo das Vorurteil tief in der Gruppe verankert ist, wird die Gruppe es aufrechterhalten, weil sie sonst Identität verliert. Zum Vorurteilsabbau gibt es diverse Projekte, die helfen können.

DP: Was ist passiert, wenn sich Vorurteile zu einer Haltung entwickeln?

Zick: Das ist eine wichtige wie kluge Frage. Vorurteile gegen Gruppen werden in Gruppen an politische Meinungen angekoppelt, werden also zu gemeinsamen Weltansichten. Sie werden zur Norm und zum Merkmal der Identität. Die Ablehnung „der Anderen“ gegen die „wir“ Vorurteile haben, kann sich polarisieren oder radikalisieren. Wenn Vorurteile zu einer Haltung werden, dann entwickeln sich zunehmend Verhaltensabsichten wie Tendenzen, die „Außen- oder Fremdgruppen“ – wir sprechen von Outgroups in der Forschung – zu schädigen.

Gibt es erlernbare Routinen, um statische Denkmuster zu verdrängen?

Zick: Studien zeigen, dass Polizeien, die einen Maßnahmenplan zur Verhinderung von Vorurteilen entwickeln, leichter Routinen schaffen. Das ist nicht anders als in Schulen und Betrieben. Eine Charta hilft. Die Rotterdamer Charta ist ja da und kann an die Polizei vor Ort angepasst werden. Es kann zur Routine werden, dass wenn Beamtinnen und Beamte mit Personen konfrontiert sind, die sie als „fremd“ empfinden, sich sofort an andere wenden, die sie aufklären.

Es kann zur Routine werden, sich über Vorurteile zu unterhalten. Denken Sie an die Bereiche des Sexismus. Da hat sich viel getan. Die zunehmende Vielfalt bei der Polizei hilft enorm. Gegen sogenannte implizite, also bewusste und automatische Vorurteile helfen aber eher Trainings. Routine kann auch Zivilcourage sein. Fallen Vorurteile, dann müssen wir fähig sein, das anzusprechen. Auch das kann geübt werden. Wir versuchen an der Universität, dazu Personalentwicklungsmaßnahmen zu ersinnen. Eine kleine Alltagsroutine kann es auch sein, sich einfach daran zu erinnern, dass die einzelne negative Begegnung mit einer Person, noch keine Urteile über die Gruppe zulässt. Und eines kann immer bedacht werden: Wir können alle selbst zur Gruppe gehören, gegen die sich Vorurteile richten. Das erleben viele Polizistinnen und Polizisten im Zuge der Diskussion der Polizeigewalt beziehungsweise sind die Vorurteile gegen Polizisten ja nun gar nicht neu.

”

Der Vorwurf von Rassismus und Vorurteilen ist in einer Gesellschaft, die versucht, sich demokratisch weiter zu entwickeln angesichts der Erfahrungen des Faschismus, immer eine Waffe. Vorurteile lassen sich als Verdacht ausspielen.

DP: Lässt sich eine solche Mentalität überhaupt wieder auflösen, und wenn ja, wie geht das?

Zick: Wir leben in einem Land, in dem Menschen während der Zeit des Nationalsozialismus aufgrund ihrer alleinigen Zugehörigkeit zu Gruppen eingesperrt, gefoltert und vernichtet wurden. Wir leben in einem Land, in dem Vorurteile die Norm waren, weil eine Rasetheorie rassistische Institutionen geschaffen hat. Mit dem Rückblick haben wir heute andere Mentalitäten. Wir teilen heute nicht mehr die Einstellungen gegenüber Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen, mit denen ich aufgewachsen bin. Gerade demokratische Gesellschaften sollten darauf ausgerichtet sein, Vorurteile zu mindern, um vorwärts zu kommen. Wir müssen sie nur ernst nehmen.

Nach unseren und anderen repräsentativen Umfragen steigen in den letzten Jahren Zustimmungen zu Vorurteilen gegen Asylsuchende wie auch Muslime. Zudem sehen wir, dass diese sich immer stärker an politische Weltansichten heften, die eine Distanz gegen gesellschaftliche Institutionen aufbauen und aggressiver werden. Das erleben Ihre Kolleginnen und Kollegen jetzt auch selbst in aggressiven Angriffen und Vorurteilen gegen die Polizei.

DP: Wie sollten Polizistinnen und Polizisten mit Vorurteilen ihnen gegenüber zurecht kommen? Reicht da eine „dicke Haut“?

Zick: Eine dicke Haut ist schon mal sehr gut. Wir wissen aber, dass Erfahrungen von Vorurteilen, Hass und Diskriminierung oft mit nach Hause genommen werden. Dort, zu Hause, versuchen viele, es zu lösen, und auf einmal ist auch das Privatleben betroffen. Wir brauchen dringend mehr Beratungsangebote und psychologische Hilfen für die Polizei. Es darf nicht sein, dass Menschen, die sich mies behandelt fühlen, dass nicht äußern können, weil sie denken, Vorurteile nicht einzustecken wäre eine Schwäche. Die Polizei muss im Selbstbild stark sein. Da sie auf Zusammenhalt von Gruppen angewiesen ist, schleicht sich vielleicht ein Korpsgeist ein, den einige nutzen, um Einfluss auf die Gruppe auszuüben. Nichts ist daran anrühlich oder beschämend, über Diskriminierungserfahrungen zu sprechen. Wir brauchen nur geschützte Orte, wo das geht. Viele Medienunternehmen, die von

„HateSpeech“ betroffen sind, haben einiges getan. Die Polizei könnte mal solche Unternehmen fragen, was sie gemacht haben. Wir brauchen dringend ein umfassendes Präventionsprogramm und Maßnahmen, die die Zusammenarbeit von Polizei und Zivilgesellschaft verbessern. Politik muss hier Möglichkeiten schaffen und das nicht den Behörden überlassen.

DP: Glauben Sie, dass in den Polizeien ausreichend über Vorurteile – die eigenen und die anderer – gesprochen wird?

Zick: Zweimal Nein. Nein, weil in der gesamten Gesellschaft wenig über die alltäglichen Vorurteile und Aggressionen gesprochen wird. Nein, weil einige wenige Studien, die möglich sind, zeigen, dass Vorurteile, wie in anderen Behörden und Einrichtungen, ein Problem sind. Oft werden sie als Imageschaden verstanden und zurückgewiesen. Was nicht sein soll, kann nicht sein. Wo Vorurteile bei der Polizei auftauchen, gehen dann schnell auch Rassismusdebatten los und schon wird das eigentliche Problem in einen ganz anderen Konflikt hineingezo-gen. Wir brauchen Angebote von außen, genaue Daten und Fakten, statt Vermutungen und Verdächtigungen. Debatten darüber, ob Polizei rassistisch ist oder nicht, helfen überhaupt nicht. Für die Prävention brauche ich eine genaue Analyse und oberflächliche Debatten sind dann eher Teil des Problems.

DP: Dürfen wir hierzulande mit unseren Vorurteilen offen umgehen oder brüskieren wir damit unser Gegenüber?

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

Telefon: (02207) 76 77 % % %

www.fahrzeugkauf.com

”

Wir brauchen dringend mehr Beratungsangebote und psychologische Hilfen für die Polizei. Es darf nicht sein, dass Menschen, die sich mies behandelt fühlen, das nicht äußern können, weil sie denken, Vorurteile nicht einzustecken wäre eine Schwäche. Die Polizei muss im Selbstbild stark sein.

Zick: Der Vorwurf von Rassismus und Vorurteilen ist in einer Gesellschaft, die versucht, sich demokratisch weiter zu entwickeln angesichts der Erfahrungen des Faschismus, immer eine Waffe. Vorurteile lassen sich als Verdacht ausspielen. Aus der Forschung wissen wir auch, dass Menschen, die hören, sie hätten Vorurteile, sich weniger damit beschäftigen als vielmehr, sofort das positive Selbstbild wiederherzustellen. Daher lassen sich Vorurteile am besten mit anderen zusammen ändern. Wir müssen also aufpassen, was wir meinen mit „offen umgehen“. Offen umgehen heißt nicht, munter Vorurteile zu äußern. Vorurteile runterzuschlucken gehört zum Anstand und Respekt, weil es nicht darum geht, wie wir uns fühlen, wenn wir offen sind, sondern um die Erhaltung der Würde des anderen.

DP: Tragen Äußerungen Prominenter aus Politik, Sport oder Kunst zur Verbreitung und Verfestigung von Vorurteilen bei?

Zick: Ihre Wirkung wird im Vergleich zu den Wirkungen von Kontakten und Erfahrungen mit anderen, gegen die sich Vorurteile richten, überschätzt. Sie wirken als Modelle, wenn sie prototypisch sind, wir uns mit ihnen identifizieren und wir sie als Teil ‚unserer Zugehörigkeit‘ verstehen. Wenn Men-

schen sich mit ihnen identifizieren, dann können sie mit Stereotypen, Klischees oder im schlimmsten Falle rassistischen Äußerungen Einfluss nehmen. Insofern haben sie umgekehrt aber auch normative Vorbildfunktion, weil sie eben Repräsentanten sind. Im Moment stellen sich Rechtspopulisten gerne vor die Polizei und verweisen verallgemeinernd auf Gruppen, die kriminell sind. Das ist eher ein Versuch, sich selbst aufzuwerten. Durch einen Rechtspopulismus hierzulande, der sich in weiten Teilen durch massive Vorausverurteilungen von Gruppen auszeichnet, sind nicht nur Vorurteile öffentlicher geworden, sondern auch der aggressive Umgangston und der Anteil an Hasstaten gestiegen. In Deutschland ist das Ausmaß vorurteilsgeleiteter Hasstaten enorm hoch. Öffentliche Vorurteile von Gruppen durch Promis sind wenig hilfreich.

DP: Und dann wären da ja auch noch die sozialen Medien ...

Zick: Ja, gewissermaßen befinden wir uns da wie in Zeiten der Erfindung des Buchdrucks. Sie bieten Radikalisierungsmöglichkeiten in ungeahntem Ausmaß. Sie entwickeln sich zu digitalen Parallelwelten, wo Menschen in Vorurteilen Gemeinschaft, Selbstwert, Identität, Einfluss und Bedeutung erhalten. Allerdings ist die vorurteils-lastige Wirkung von sozialen Medien dort stärker, wo in den sozialen Medien Hassgemeinschaften auch außerhalb der digitalen Netzwerke, ihren Hass gegen andere ausdrücken. Es geht also um die Wechselwirkung von sozialen Medien und Alltagswelt. Die Herausforderung wird sein, in den sozialen Medien gute digitale Programme zur Vorurteilsbekämpfung und zur Förderung von Zivilcourage zu fördern. Die polizeiliche Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung sind nicht die Lösung, sondern ein Baustein.

DP: Zum Abschluss – Wie gehen sie selbst mit ihren Vorurteilen um?

Zick: Manchmal sind sie mir peinlich. Ich bin von sehr vielen jungen Menschen umgeben, die mich oft darauf hinweisen. Da ich aber ziemlich viel über Vorurteile lese und dazu forsche, weiß ich auch, dass das Aufgeben von Vorurteilen sehr befreit, längerfristig gesund ist und wie viele neue Menschen kennenzulernen sind, wenn wir sie zurückstellen. Ich bin sehr stolz auf mein vielfältiges Institut. ■

Im Gespräch



In sommerlicher Atmosphäre und auf Corona-Abstand: DGB-Chef Reiner Hoffmann (2.v.l.) im Gespräch mit GdP-Kollegen.

BEI DER GdP ZU GAST: REINER HOFFMANN

DGB: Hart erkämpften Beamtenstatus sichern

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) schauen auf 42 gemeinsame und erfolgreiche Jahre Gewerkschaftsarbeit zurück. Dass jedoch trotz kollegialer Verbundenheit nicht immer alles glatt und reibungslos läuft, versteht sich von selbst. DP hat den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann zu einer Runde mit GdP-Kollegen in Personalratsfunktionen eingeladen. Im DP-Sommergespräch kam vermeintlich Kontroverses auf den Tisch und war am Ende abgeräumt.

Sven Hüber: Willkommen bei einem Teil des DGB. Der GdP-Bundeskongress im November 2018 hatte ja sehr eindrucksvoll bestätigt, dass die GdP Mitglied einer starken Gewerkschaftsfamilie ist – und auch bleibt. Wir sind zwar im Gegensatz zu anderen als Interessenvertretung etwas kleiner, aber dafür fein und sehr speziell. Wir freuen uns, in unserem Sommergespräch einen breiten Themenbogen erörtern zu können. Dabei wollen wir gemeinsam mit Dir, lieber Reiner, Positionen klarziehen und Transparenz schaffen.

Los geht's: Du hast dich bereits darüber besorgt gezeigt, wie die Corona-Pandemie auf die Arbeits- und Lebensbedingungen des ganzen Landes wirkt und was noch kommen könnte. Glaubst du, dass unsere Gesellschaft noch mehr ins Schlingern gerät?

Reiner Hoffmann: Wir agieren in einer historisch einmaligen Situation. Wir erleben derzeit die größte wirtschaftliche Rezession seit 1949. Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas – vor allen in den letzten Wochen. Die sozialen Ungleichheiten hierzulande werden ungleich deutlicher. Das fängt an mit den Heldinnen und Helden der Arbeit, die für ihre systemrelevanten Tätigkeiten zwar Applaus bekommen, aber schlecht ent-



Foto: Berensmail

„Wir müssen immer deutlich machen: Unsere Polizisten sind Bürger in Uniform und Teil unseres demokratischen Rechtsstaates“, betonte DGB-Chef Hoffmann.

lohnt werden. Es geht weiter mit geschlossenen Kitas und Schulen. Kinder aus einkommensschwachen Familien verlieren so den Anschluss. Die Selektivität unseres Bildungssystems droht sich noch weiter zu verschärfen. Kinder, die mit ihrer Familie auf engem Raum leben, und zudem nur schlechte Zugänge oder kein technisches Gerät für den Zutritt in die digitale Welt besitzen, fallen weiter zurück.

Grundsätzlich bin ich ja ein optimistischer Zeitgenosse. Deshalb weiß ich, dass es richtig ist, dass die DGB-Familie einen klaren Blick auf die Verhältnisse hat. Wir sind keinesfalls naiv. Angesichts der Pandemie wollen wir engagiert und mutig die sich aus der Krise herauskristallisierenden Chancen mitnehmen. Womöglich ergeben sich Gelegenheiten, mit Fehlern der Vergangenheit aufzuräumen und hierzulande gleichwertigere Lebensverhältnisse sicherzustellen.

Hüber: Auch wir als Polizeibeamtinnen und -beamte sowie als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sind besorgt über die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie – zum Beispiel für die sozialen Sicherungssysteme. Da kommt mehreres zusammen: eine Wirtschafts- und Finanzkrise und eine immer äl-

ter werdende Gesellschaft. Wir fragen uns, ob sich die sozialen Standards, die sich Beamtinnen und Beamte über Jahre erkämpft haben, halten lassen.

Hoffmann: Ja, die Systeme der sozialen Sicherung drohen unter Druck zu geraten. Das sehen wir gegenwärtig schon beim Kurzarbeitergeld. Damit werden Menschen vor Arbeitslosigkeit geschützt. Das alles auch in der Hoffnung, dass die Unternehmen ihre Beschäftigten in der Krise nicht entlassen, und dann unter günstigeren Umständen die Menschen nicht wieder neu eingestellt werden müssen. Das ist klug und macht Sinn. Es ist auch gut, dass beispielsweise die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit gut gefüllt ist. Nur wie lange noch?

In der Spitze waren bis zu sieben Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Ende des Jahres dürfte die Kasse leer sein. Die Bundesregierung hat beschlossen, die Defizite in diesem und im nächsten Jahr nicht über Kredite, sondern über Zuschüsse des Bundes auszugleichen. Das ist gut. Zugleich ist sich die Koalition einig, dass die Sozialabgaben nicht über 40 Prozent bei den Beschäftigten und Arbeitgebern steigen sollen. Darin liegt aber ein Risiko. Was ist, wenn in

Folge der Krise deutlich wird, dass mit 40 Prozent Sozialabgaben bestimmte Leistungen nicht mehr erbracht werden können? Beispielsweise bei der Bundesagentur für Arbeit und dem Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld oder auch bei notwendigen Fördermaßnahmen in Bildung und Weiterbildung. Dann drohen Kürzungen, ein Leistungsabbau sowie tiefe Einschnitte in unseren Sozialstaat. Also müssen wir das System der sozialen Sicherung auf Dauer tragfähig finanzieren.

Richtig im Krisenkontext ist, dass die Verschuldungskriterien, also die schwarze Null, zunächst ausgesetzt wurden. Aber: Wie kommen wir wieder aus der Krise raus? Wie kommen wir erneut auf ein hohes Niveau von Beschäftigung? Das würde selbstverständlich die Beitragssituation bei der sozialen Sicherung stärken. Aber wenn das so nicht funktioniert, muss über eine Steuerfinanzierung geredet werden. Das wäre dann eine gesamtgesellschaftliche Leistung für eine Stabilisierung der Systeme ohne Leistungskürzungen.

Hüber: Für uns ist es von großer Bedeutung, dass der DGB betont: Wir wollen keinen Griff in die Geldbörse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch nicht der Beamtinnen und Beamten in der Polizei. Verschlechterungen, im Besonderen auch für die Beamtenschaft, schließen wir als GdP konsequent aus.

Markus Robert: In Nordrhein-Westfalen werden wir aktuell mit dieser Thematik im Personalratswahlkampf konfrontiert – durch unsere sogenannten Mitbewerber. Bei uns vermittelt die DPoIG (Deutsche Polizeigewerkschaft) mit falschen Fakten den Eindruck, DGB und GdP wollten das Berufsbeamtentum abschaffen. Vor allem mit Blick auf die seit längerem diskutierte Bürgerversicherung. Da wird bewusst mit gezinkten Karten gespielt. Umso wichtiger ist es, wenn der DGB klare Kante zeigt. Dafür gibt es ja mit entsprechenden Beschlüssen auch eindeutige Grundlagen. Wenn ich beispielsweise sage, dass nur für kommende Beamten-Generationen die Bürgerversicherung eine Option sein könnte – immer unter dem Vorbehalt, dass die Rahmenbedingungen stimmen und nicht auf Kosten der Beamten finanziert wird –, wäre das eine Botschaft, die unsere Mitglieder sehr beruhigen würde.

POLIZEILICHE FÜHRUNGSLEHRE

Gestaltung einer zeitgemäßen Führung

Von **Gerd Thielmann**, **Jürgen Weibler** und **Thomas Model**.



2. Auflage 2020

Umfang: 248 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 29,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0877-9

Polizeiarbeit ist Teamarbeit. Führung ist dabei der Schlüssel zum Erfolg. Aber wie sieht eine zeitgemäße Führung überhaupt aus – wirksam und akzeptiert? Auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und kombiniert mit den Erfahrungswerten der polizeilichen Praxis entwerfen die drei Autoren in diesem Buch ein übergreifendes Führungsverständnis. Im Kern steht ein aktuelles Polizeiliches Führungsmodell, das in seiner Umsetzung dem eigenen Führungshandeln Sicherheit und klare Orientierung gibt.

Zunächst leitet ein Praxisfall thematisch ein, dann wird die besondere Bedeutung dieses Führungsaspektes aufgezeigt, danach der wissenschaftliche Stand erläutert und abschließend die Integration in die polizeiliche Führungspraxis anschaulich vollzogen.

Mit diesem Buch wird die Polizeiliche Führungslehre konzeptionell weiterentwickelt und strukturiert. Die Polizeipraktikerin und der Polizeipraktiker profitieren hier von entscheidend, seien sie Führungskräfte oder noch auf dem Weg dorthin: Sie wissen, was in der Führung wichtig ist und wie eine gelingende Führungsbeziehung mit unterstützendem Umfeld aussehen könnte. Dies können sie mit ihrer eigenen Erfahrung abgleichen und verantwortungsvoll den Führungsalltag gestalten – und das auf allen Hierarchieebenen!



DIE AUTOREN

Gerd Thielmann war bis 2015 Vizepräsident der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster/ Westfalen und berät heute als Experte namhafte europäische Organisationen in Polizeiprojekten.

Univ.-Prof. Dr. Jürgen Weibler lehrt an der FernUniversität in Hagen und hat dort den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre inne.

Thomas Model, Leitender Polizeidirektor, ist Leiter der Akademie der Polizei Hamburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Reiner Hoffmann

ist seit Mai 2014 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Der 65-Jährige begann seine berufliche Laufbahn als Auszubildender bei den Farbwerken Hoechst, studierte über den zweiten Bildungsweg mit einem Stipendium der

Hans-Böckler-Stiftung und schloss sein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Bergischen Universität-Gesamthochschule Wuppertal als Diplom-Ökonom ab. Nach weiteren Stationen im In- und Ausland wurde er auf dem Prager Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

im Mai 2003 zum stellvertretenden Generalsekretär des EGB gewählt und vier Jahre später im spanischen Sevilla im Amt bestätigt. Anfang November 2009 kehrte der gebürtige Wuppertaler als Landesbezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau,



Foto: Bersmail

Hoffmann: „Solche Haltepunkte in Zeiten des Wandels sind und bleiben Betriebs- und Personalräte. Da, wo das funktioniert, erkennen wir eine geringere Affinität zu diesen Rechtsaußen. Für mich ist das ein starkes Argument.“

Hoffmann: Diese Botschaften haben wir. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und alle seine Mitgliedsorganisationen stehen zum Beamtenstatus in dieser Republik. Der ist hart erkämpft und muss gesichert werden.

Was die Systeme der sozialen Sicherung betrifft, darf es für keine Berufsgruppe – auch nicht für Beamtinnen und Beamte – eine Verschlechterung geben. Ausrufezeichen.

Klar ist aber auch, dass wir Probleme mit dem System der sozialen Sicherung haben. Da fordern wir auf der einen Seite eine Bürgerversicherung, insbesondere für die Gesundheitssysteme, also für die Kranken- und Pflegeversicherungen. Unser Ziel sind Beschäftigtengruppen wie die sogenannten Soloselbstständigen. In der momentanen Krise sind das die Schwächsten. Wir wollen den Weg ebnen, diesen Personenkreis künftig verpflichtend in die Systeme der sozialen Sicherung reinzubringen. In der politischen Diskussion wird zurzeit zwischen einer Pflichtversicherung und einer Versicherungspflicht differenziert. Wir haben uns für eine Pflichtversicherung ausgesprochen. Und warum? Weil eine Versicherungspflicht am Ende bedeuten kann, dass ich mich bei privaten Versicherungen absichern könnte, die aber, wie wir wissen, wesentlich ineffizienter sowie teurer sind und sich eine goldene Nase verdienen wollen. Wir sagen: Für die Menschen, die eben nicht in der Kranken- und Pflegeversicherung erfasst werden, brauchen wir eine Pflichtversicherung in dem System der

öffentlichen Gesundheitsvorsorge – einschließlich der Pflege.

Das zweite ganz wichtige Thema – da geht es in der öffentlichen Debatte oft durcheinander – ist die Erwerbstätigenversicherung. Wir wollen, dass alle Menschen im Alter ausreichend abgesichert sind. Jetzt noch einmal zu Euch: Uns ist klar, dass wir allein schon aus dem Verfassungsgebot heraus eine ganz besondere Verpflichtung gegenüber den Beamtinnen und Beamten haben. Beamte im Alter besitzen ein Recht auf Alimentierung. So sieht es das Grundgesetz vor. Und daran darf nicht gerüttelt werden. Die Sicherheit und Perspektiven für Beamtinnen und Beamte im Alter sind unantastbar. Ist das deutlich genug?

Hüber: Kein Widerspruch. Wir sehen, dass Beamte bei der Pflege in der Pflichtversicherung sind. Methodisch ist das nichts Neues. Wir erkennen aber auch die Risiken, die sich durch gesellschaftliche Veränderungen der letzten 25 Jahre mit den vielen Solo- und Scheinselbstständigen entwickelt haben. Die schwappen ins Rentenalter ohne überhaupt einen Rentenversorgungsanspruch zu haben – für uns ein massives soziales Problem, dass auf Deutschland zusteuert.

Aber vielen Dank, Reiner, für Deine dezierten klaren Worte.

Themenwechsel: Wir sehen uns als Polizei, durch die Pandemie noch einmal herausgehoben, in einer Sandwichposition. Der DGB hat am Jahresanfang mit der „Res-

pekt-Kampagne: Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ eine glasklare Position bezogen. Viele unserer Mitglieder würden dieses Bekenntnis zurzeit gerne noch viel lauter hören. Es ist momentan gar nicht so leicht zu verorten, wo man hierzulande mit dem Polizeiberuf – auch als Polizeigewerkschafter – steht.

Hoffmann: Diese Kampagne haben wir auf unserem letzten Bundeskongress verabschiedet. Wir erleben eine Verrohung der Gesellschaft. Zumindest in Teilbereichen. Eure Einsatzkräfte werden angepöbelt und angegriffen, das geht ebenso anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst – auf dem Arbeitsamt, in der Krankenpflege, im öffentlichen Nahverkehr. Das geht bis hin zu körperlicher Gewalt. Das ist schlicht und einfach inakzeptabel.

Die Rolle der Polizei für die innere Sicherheit kann überhaupt nicht unterschätzt werden. In der Krise verdeutlichen sich doch jetzt die Wirkungen einer langjährigen und falschen Sparpolitik der letzten Jahrzehnte, wo nicht nur massiv Personal abgebaut worden war, sondern auch nicht in die für Euren Dienst wichtige technische Ausstattung wie auch Liegenschaften investiert wurde. Und die sind oft in einem, freundlich gesagt, defizitären, oder noch deutlicher, einem miserablen Zustand.

Da kommen Dinge zusammen: Die Unterfinanzierung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge im Verhältnis zu den systemrelevanten Tätigkeiten in einer auseinander driftenden Gesellschaft, wo Spannungen zunehmen und ihr mittendrin steht. Natürlich führt das zu enormen Belastungen, auch zu Bedrohungen. Die öffentlichen Auseinandersetzungen der letzten Wochen über Eure Köpfe hinweg empfinde ich als schlichtweg unerträglich.

Rolf Gumpert: Das ist wirklich ein Problem. Als Polizei liegen wir seit einiger Zeit wie unter dem Mikroskop. Wir werden in jeder Hinsicht geprüft und begutachtet. Kein möglicher Kritikpunkt wird ausgelassen und hier und da etwas hinzugedichtet. Wenn dann aus der Politik kein Rückhalt zu spüren ist, sondern stattdessen solche Einlassungen wie die von Frau Esken auf uns einschlagen... tja. Oder die haarsträubende Kolumne in der „tagesszeitung“. Da werden wir in der Polizei mit Müll gleichgesetzt. Eine unerträgliche Geschmacklosigkeit. Schon möglich, dass dann

Chemie, Energie (IG BCE) Nordrhein in heimische Gefilde zurück. Am 1. Oktober 2013 führte ihn seine weitere Laufbahn in den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand.

immer mehr Leute denken, sie könnten mit der Polizei machen, was sie wollen. Dagegen wehren wir uns. Und es ist gut, dass uns unser Dachverband dabei unterstützt.

Robert: Stichwort Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz. Da werden Kolleginnen und Kollegen durch eine seltsame Form von Beweislastumkehr unter Druck gesetzt. Das alles sind Puzzleteile, die verdeutlichen, dass die klassische Sandwich-Position der Polizei passé ist. Was Rolf sagt, trifft zu. Wir liegen auf den Glaträgern verschiedenster Mikroskope. Auch auf denen von Politikern, die sich in höchsten Parteiämtern befinden. Statt die Diskussion konstruktiv zu begleiten und gegebenenfalls mäßigend auf sie einzuwirken, wird sogar noch Öl ins Feuer gegossen. Dieses Hauptstadtgesetz hat in NRW so hohe Wellen geschlagen, dass die Landes-GdP den Innenminister aufforderte, Berlin nicht mehr mit NRW-Kräften zu unterstützen. Andere Länder haben sich angeschlossen. Unsere Kolleginnen und Kollegen wissen doch aufgrund der Vorwürfe aus verschiedensten Ecken gar nicht mehr, wie sie noch „richtig“ agieren sollen. Niemandem kann man es richtig machen. Egal, was und wie ich es getan habe, irgendeiner steht auf und schlägt mir ins Gesicht.

Hüber: Unsere Kolleginnen und Kollegen sind oft in Bereichen unterwegs, in denen ihnen nicht nur kein Respekt, sondern auch Hass und Verachtung entgegen schlagen. Das lässt sich in unserem Beruf kaum vermeiden. Wenn dann eine Misstrauenskul-



Markus Robert ist Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Der 53-Jährige ist zugleich Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Landesbezirksvorstands.

tur oben drauf kommt, also geradezu politisches und mediales Misstrauen kultiviert und ein Generalverdacht formuliert wird: Dann stellt sich die Frage, sind wir in der Gewerkschaft latenter Rassisten gelandet? Wenn doch der gesamte Berufsstand so gebrandmarkt wird, sind wir dann strukturell eine Rassistengewerkschaft geworden? Da kommt der DGB-Respekt-Kampagne doch noch eine ganz andere Bedeutung zu.

Hoffmann: Es kann nicht der richtige Ansatz sein, eine ganze Berufsgruppe unter Generalverdacht zu stellen. Die Respektlosigkeit, die wir in Teilen erleben, ist, ich bekräftige das noch einmal, völlig inakzeptabel

und steht im Gegensatz zu allen Umfragen, die der Polizei regelmäßig höchste Vertrauenswerte bescheinigen. Da werden in der öffentlichen Debatte Zerrbilder gezeichnet, die natürlich zu weiteren Entgrenzungen und Respektlosigkeiten beitragen. Einige denken dann, Polizistinnen und Polizisten sind eh alles Faschos in Uniform, und es ist okay, dass denen ordentlich auf die Fresse gehauen wird. Zu einem so feindlichen Klima gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen beizutragen ist verantwortungslos.

Gumpert: Natürlich arbeitet die Polizei in einem Spannungsfeld. Und jetzt glauben viele, sich aufschwingen zu können, um

ANZEIGE

**Anpralldämpfer VECU-STOP® M
vorübergehend installiert**



**Anpralldämpfer VECU-STOP® – VS
dauerhaft installiert**



SPS-Schutzplanken GmbH
Hinterm Waldcasino 1
D-63762 Grobostheim/
OT Ringheim

Tel. +49 (0) 6026-991 67 11
Fax +49 (0) 6026-991 67 12
info@sps-schutzplanken.de
www.sps-schutzplanken.de



Foto: Berthel

Sven Hüber ist stellvertretender Vorsitzender im GdP-Bezirk Bundespolizei und Vorsitzender des Bundesausschusses Beamten- und Besoldungsrecht. Der 55-Jährige ist zugleich Vorsitzender des Bundespolizei-Hauptpersonalrates beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

zu sagen: Was Du Polizist gemacht hast, ist auf jeden Fall widerrechtlich. Aber wir haben noch immer die Gewaltenteilung. Polizeiliche Maßnahmen sind für jeden überprüfbar, vor unabhängigen Gerichten.

Hüber: Genau das zeichnet unseren demokratischen Rechtsstaat aus, transparentes staatliches Handeln und eine unabhängige Kontrolle dessen. Dagegen spricht absolut nichts. Jeder Bürger kann zum Verwaltungsgericht gehen und jede polizeiliche Maßnahme überprüfen lassen. Und wenn es erforderlich ist, müssen wir darüber reden, ob es erleichtert werden muss, diesen Weg zu gehen. Momentan wird jedoch suggeriert: Der Rechtsstaat funktioniert nicht, die rechtsstaatliche Kontrolle funktioniert nicht und deshalb bedarf es unabhängiger Beauftragter. Diese Schieflegendiskussion ist für unseren Beruf, der sich sehr an Beruf und Gesetz orientieren muss, verheerend.

Robert: In NRW sehen wir keine Notwendigkeit für einen unabhängigen Polizeibeauftragten. Sonst würde der Eindruck entstehen, Sven deutete das ja schon an, dass unsere verfassungsrechtlichen Organe nicht so funktionierten, wie einige sich das wünschen. Dann setzt man einfach eine Institution ein, die man noch nicht hatte, und das Problem ist gelöst. Das wirkt sich negativ auf den Vertrauensvorsprung in der Bevölkerung aus. Es gibt nicht die geringste Notwendigkeit, in diese Richtung zu handeln.

Hoffmann: In verschiedenen Bundesländern

gibt es unterschiedliche Erfahrungen mit Polizeibeauftragten. Polizeibeauftragte stigmatisieren eure Berufsgruppe. Das stellt unseren Rechtsstaat in Frage und führt ins Nichts. Zumindest dann, wenn Polizeibeauftragte als eine Art „Paralleljustiz“ zu den bestehenden rechtsstaatlichen Strukturen eingesetzt werden. Das birgt die Gefahr, dass das Vertrauen in unabhängige Ermittlungen und eine unabhängige Justiz gestört wird. Denn es gibt ja auch ohne Polizeibeauftragte rechtsstaatliche Wege, polizeiliche Maßnahmen überprüfen und kontrollieren zu lassen. Etwas anderes ist es, wenn Polizeibeauftragte – wie zum Beispiel in Rheinland-Pfalz – als eine Art Vermittler zwischen Bürgern und der Polizei dienen. Eine Stelle also, an die sich sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Polizistinnen und Polizisten wenden können. Das kann für mehr gegenseitiges Verständnis sorgen. Polizeibeauftragte dürfen aber nicht für politische Auseinandersetzungen instrumentalisiert werden. Ich sehe das Problem, dass zunehmend nur schlechte Nachrichten für die Medien interessant sind. Das blendet große Teile eurer guten Arbeit aus und trägt zu einem öffentlichen Zerrbild bei. Da kommt ihr unweigerlich öfter unter die Räder. Das wird eurer täglichen, teils ja sehr komplexen Arbeit nicht gerecht.

Hüber: Wir sehen uns oft Diskussionen ausgesetzt, dass der DGB – angeblich – mit gewaltbereiten Gruppen kooperieren würde ...

Hoffmann: Der DGB und seine acht Gewerkschaften, und da seid ihr dabei, haben ein

ganz klares Bekenntnis zur Gewaltfreiheit abgelegt. Ich denke zurück an den DGB-Kongress 2014. Wir hatten eine sehr anspruchsvolle Diskussion über den sogenannten zivilen Ungehorsam. Klar ist: Ziviler Ungehorsam, der Gewalt beinhaltet, ist für den DGB inakzeptabel.

Hüber: Das schließt für uns im DGB auch ein Gemeinmachen mit radikalen Strömungen in der Gesellschaft aus.

Hoffmann: Weder mit radikalen Strömungen im rechtsextremen noch im linksextremen Spektrum. Das ist mit unseren Wertevorstellungen unvereinbar.

Hüber: Wenn unsere JUNGE GRUPPE und die ver.di-Jugend über solche Themen sprechen, dann wird es schon mal hitzig. Unterschiedliche, teils strittige Positionen sollten jedoch ausgetragen und nicht weggeatmet werden.

Hoffmann: Aber das zeichnet uns doch als Einheitsgewerkschaft aus. Ich erinnere mich an eine Sitzung des Bundesjugendausschusses des letzten DGB-Kongresses, wo es in der Tat auch eine sportliche Debatte zwischen eurer JUNGEN GRUPPE und der DGB-Jugend gegeben hat. Die lief sehr differenziert ab. Da hat es auch Zuspitzungen gegeben. Aber am Ende kommt es darauf an, sich zuzuhören, unterschiedliche Meinungen auch zuzulassen, zu akzeptieren und als legitim zu empfinden.

Wir sind parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Ich betone das gern. Wir führen auch innergewerkschaftliche Debatten mit Menschen, die sich von unserem Wertekanon entfernt haben und hin zu einer rechtswidrigen Ideologie tendieren. Ich sage es ganz deutlich: die Vorstellungen der AfD haben mit unserem Wertekanon, unseren politischen Zielvorstellungen nichts gemein. Aber wir haben uns bewusst dagegen ausgesprochen, einen generellen Unvereinbarkeitsbeschluss zu fassen. Es kommt doch immer auch darauf an, anderen Positionen zuzuhören, und die Chance zu nutzen, andere im demokratischen Diskurs von unseren Werten zu überzeugen, sie letztlich bei uns zu halten, sie nicht zu stigmatisieren und nicht ins extremistische Lager abdriften zu lassen. Unter dem Dach einer Einheitsgewerkschaft muss man Spannungsverhältnisse aushalten, ih-

nen konstruktiv begegnen, darf keine Scheuklappen aufhaben, und darf nichts zukleistern. Es geht um den offenen Dialog und Akzeptanz. Natürlich gibt es auch Positionen, die mit unseren unvereinbar sind. Klare Ansage: Wer an extremistischen Positionen festhält, hat als Kollegin oder Kollege in unseren Strukturen nichts zu suchen.

Robert: Bei allem Verständnis für zu führende Debatten, was verstehen wir denn unter dem Gewaltbegriff? Der wird sehr unterschiedlich ausgelegt. Da braucht es klare Kante. Wir werden damit konfrontiert, dass DGB-Gebäude für sogenannte Blockadetrainings zur Verfügung gestellt werden. Dann kräuseln sich nicht nur bei mir die Fußnägel.

Hoffmann: Unser Beschluss lautet: Eine Vermietung an Dritte ist nur dann möglich, wenn diese die demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung achten, nicht zu Gewalt aufrufen, gewaltverherrlichend oder fremdenfeindlich sind sowie Intoleranz entschieden entgegneten. Da herrscht Einigkeit, das ist auch so beschlossen worden. Wir lassen es nicht zu, dass vor allem eine andere Gewerkschaft im Polizeibereich ihr falsches Spiel auf eurem Rücken austrägt. Das ist als klare Kampfansage gemeint. Ich habe das in anderen Fällen gegenüber dem Beamtenbund gemacht, und ich werde es

auch bei der DPoLG machen, wann immer notwendig. Wie oft wird die DPoLG mit der GdP gleichgesetzt, wenn deren Vorsitzender irgendeinen Mist im Radio oder im Fernsehen erzählt? Die Bevölkerung weiß oft gar nicht, dass es mehrere Polizeigewerkschaften gibt. Da müssen auch wir klarer sein. Ich kündige an dieser Stelle an: Wann immer notwendig wird es dazu von meiner Seite aus eine klare Positionierung geben.

Hüber: Das ist uns wichtig. Jedem Anschein, dass wir als Gewerkschafter unter unserem DGB-Dach rechtsabweichende Demonstrationen gutheißen oder unterstützen würden, muss eindeutig begegnet werden. Also, ein klares Bekenntnis zum demokratischen Recht auf Meinungsäußerung und zur Demonstrationsfreiheit. Und ein genauso klares Bekenntnis zur Gewaltfreiheit. Alles andere ist doch vor unserem gemeinsamen Hintergrund widersinnig.

Hoffmann: Für die sechs zurückliegenden Amtsjahre kann ich sagen, dass wir durch euer Zutun eine wesentlich differenziertere Diskussion und Positionierung im DGB haben. Seit 1978 ist die GdP Mitglied im DGB. Das war aus meiner Sicht eine wirklich gute und wichtige Entscheidung zur Kompletierung unserer Einheitsgewerkschaft. Wir müssen immer deutlich machen: Unsere Po-

lizisten sind Bürger in Uniform und Teil unseres demokratischen Rechtsstaates.

Hüber: Eine der Folgen des demografischen Wandels ist, dass in der GdP ein Generationenumbruch beginnt. Sicherlich nicht nur bei uns. Wenn dann viele junge Leute mit anderen Generationenerfahrungen in den Beruf drängen und Mitbestimmungsansprüche formulieren, sind wir dann als Gewerkschafter auf diesen Wechsel gut vorbereitet?

Hoffmann: Auf der einen Seite, das zeigt gerade das Beispiel der GdP, aber auch bei unseren anderen Gewerkschaften, sind wir bei der Organisation von jungen Kollegen teils sehr gut aufgestellt. Es hängt natürlich immer von den Unternehmen und Branchen ab. Da reden wir teils von einem Organisationsgrad von bis zu 70 Prozent – und ihr seid ja zum Teil noch besser. Die zunehmende Akademisierung erschwert aber das Bemühen, junge Menschen für die Gewerkschaften zu begeistern. Das erklärt, warum wir bei den jungen Menschen in der Gesamtzahl schwächer sind als früher.

Junge Menschen haben heute ganz andere Ansprüche an Beteiligung. Sie sind viel stärker projektbezogen. Sie wollen nicht immer die Ochsentour gehen: vom Jugendvertreter, zum Vertrauensmann, dann Betriebs- oder Personalrat, dann mal irgendwann in die

ANZEIGE

Immer top Verbunden

Sparen Sie bis zu **40%** auf unsere Mobilfunk-, DSL- und Kabelangebote.



Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website

gdp.vorteilsangebote.de

Freistellung und das 20, 30, 40 Jahre durch. Sie haben andere Vorstellungen, sind aber alles andere als unpolitisch. An den passenden Antworten darauf müssen wir arbeiten. Denn dort, wo junge Menschen unterwegs sind, in den sozialen Medien zum Beispiel, können wir deutlich besser werden. Wenn auf Facebook oder Instagram agil kommuniziert wird, müssen wir das auch zulassen, ein bisschen mutiger sein und auch das Vertrauen aufbringen, dass unsere jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit ihren Tools umgehen können. Da müssen wir unsere Kontrollfunktion hinten anstellen. Diese Lernkurve haben wir noch vor uns.

Robert: Stimmt. Das müssen wir als Gewerkschaften noch genauer behandeln. Es muss auch klar sein, dass wir als Polizisten soziale Medien nicht als einen rechtsfreien Raum ansehen dürfen. Wo und wie wird gehetzt?

Wo und wie wird gegen wen aufgewiegelt? Da ist noch großer Regulierungsbedarf. Da müssen wir ran, die politische Diskussion anstoßen und vorantreiben. Als Polizei benötigen wir die Handhabe, bestimmte Dinge im Keim ersticken zu können. Erfolgreiche Strafverfolgung hat ja auch immer einen wirksamen präventiven Effekt. Dazu brauchen wir natürlich den Schulterchluss im DGB. Ich erkenne noch zu viele Lippenbekenntnisse.

Hoffmann: Das sollte man zu einem eigenen Thema machen. Das macht den DGB doch aus, dass er über unterschiedlichste Expertisen verfügt. Da lohnt es sich unbedingt, den Austausch zu intensivieren.

Hüber: Hass ist ein schleichendes Gift und zerstört die Gesellschaft. Müssen Firmen, die solche Plattformen betreiben, nicht stärker in die Verantwortung genommen werden?

Wenn wir als Gewerkschaftsbund sagen, wir möchten eine solidarische und keine seelisch vergiftete Gesellschaft, dann gehört dazu die Frage, wie wir kommunizieren.

Gumpert: Noch ein anderes Thema. Corona zeigt, dass es vielfältige Möglichkeiten gibt, Arbeit zu erledigen, sogar in der Polizei. Selbstverständlich gibt es verkrustete Strukturen. Da gibt es noch Führung, bei der klar ist, die wollen ihre Leute um sich haben. Auch Ängste werden geäußert, der Kontakt zu den Kollegen würde unter der Entfernung leiden oder die Koordination der zu erledigenden Aufgaben würde sich schwieriger darstellen. Wir in Sachsen-Anhalt nahmen durchaus positive Effekte wahr. Manche Beschaffungsmaßnahme der technischen Art hat geradezu neue Arbeitswelten erschlossen. Für den Bereich der gewerkschaftlichen Mitbestimmung und Mitwir-

ANZEIGE

Unsere kostenlose GdP-VISA-Card mit DKB-Cash!



In Kooperation mit der **DKB** Deutsche Kreditbank AG können unsere Kolleginnen und Kollegen mit der GdP-Kreditkarte u. a. folgende **Vorteile** nutzen:

- kostenloses Girokonto
- kostenlose GdP-VISA-Card plus Partnerkarte
- Online-Kontowechsel mit kostenloser Benachrichtigung Ihrer Vertragspartner

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte

Haben Sie Fragen?

Wir helfen gerne weiter Tel.: 0211 7104-202 bzw. 201

kung jedoch sind wir noch nicht so weit. Da wünschte ich mir auch mehr Unterstützung.

Robert: Alles, was in der Krise an Technik angeschafft wurde, darf jetzt nicht wieder eingemottet werden. Wir müssen jetzt die Chance nutzen, einen vernünftigen Mix aus Präsenz- und Videokonferenzen hinzukriegen. Uns treibt in NRW die gleiche große Sorge um, wie euch in Sachsen-Anhalt, nämlich, dass nachher wieder alles eingepackt wird und im Keller verstaubt.

Hoffmann: Die jetzigen Erfahrungen öffnen den Weg in die digitale Arbeitswelt. Für euch nutzbare digitale Tools können enorme Effizienzpotenziale freisetzen. Digitales und mobiles Arbeiten in der Polizei muss eben gestaltet werden. Das geht nur mit den starken Personalräten der GdP. Übrigens ist das genauso wie in den Betrieben. Zig Betriebsvereinbarungen schauen wir uns vor dem Hintergrund des mobilen Arbeitens jetzt noch einmal an. Auch bei mir im eigenen Haus kommt das an. Im Kern geht es doch darum, die Chancen der neuen digitalen Möglichkeiten zu nutzen und deren Risiken zu minimieren. Das geht nur mit selbstbewussten Interessenvertretungen. Da sehe ich auch innerhalb des DGB die gute Möglichkeit, viel enger zusammenarbeiten zu können.

Hüber: Bei der Polizei neigt der Dienstherr durchaus dazu – mit einer gewissen feudalen Selbstherrlichkeit – dem Knecht das aufzusetzen, was dem schon irgendwie passen wird. Und da auch als DGB immer wieder zu sagen: Hey, wir wollen mehr Demokratie, finde ich wichtig – vor allem in dieser sich verändernden Arbeitswelt.

Hoffmann: Über Mitbestimmung und neue Technologien wissen wir, dass sie zu besseren Arbeitsbedingungen und deutlich effizienteren Strukturen beitragen können. Das sollte der Dienstherr nicht unterschätzen. Zur Akzeptanz tragen dann Mitbestimmung und Beteiligung wesentlich bei. Wo ich Demokratie am Arbeitsplatz praktiziere, sind die Arbeitsbedingungen besser, die Effizienz höher, ebenso die generelle Motivation der Beschäftigten. Es gibt immer noch Kapitalisten, die das nicht verstehen wollen. Trotzdem haben wir bereits viele gute Erfahrungen gemacht, warum nicht auch bei euch? Da ist unsere klare Botschaft: Die Landespersonalvertre-



Rolf Gumpert ist Vorstandsmitglied des Polizeihauptpersonalrats im Ministerium des Inneren und Sport Sachsen-Anhalt. Der 52-Jährige ist seit 1990 Polizeibeamter und gleich in die GdP eingetreten. Aktuell ist er zudem stellvertretender Vorsitzender des sachsen-anhaltischen Landesbezirks.

tungsgesetze in ihrer Unterschiedlichkeit und mit ihren föderalen Schwächen müssen dringend vom Kopf auf die Füße gestellt werden und dafür brauchen wir politische Mehrheiten, die dazu beitragen.

Gumpert: Richtig. Das strahlt ja auch aus. Wenn wir Möglichkeiten erhalten, so arbeiten zu können, dass die Familie davon profitiert, also das Umfeld mitbekommt, dass im Hintergrund ein geradezu vorbildlicher Arbeitgeber steht, dann ist das auch ein Anhalt dafür, dass wir insgesamt eine gute Polizei sind.

Robert: Für mich gehört da die sogenannte prozessbegleitende Mitbestimmung dazu. Wenn der Behördenleiter morgens mit einer Idee aus der Dusche kommt, dann muss ihm klar sein, dass wenn er auf der Dienststelle ankommt, gleich die Personalvertretung von dieser Idee in Kenntnis setzt. Solche Überlegungen münden nämlich meist in mitbestimmungspflichtige Tatbestände. Wir in NRW haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Hoffmann: Wir hatten vor zweieinhalb, drei Jahren mit „Policy Matters“ eine Studie über das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern in Auftrag gegeben. Wir erfuhren, dass unsere Leute im Verhältnis zum Durchschnitt leicht überproportional AfD gewählt haben. Das macht uns Sorgen. Was bei der Studie herausgekommen ist, halte ich für sehr interessant. Mitglieder, die in Betrieben mit Tarifvertrag und Betriebsrat arbeiten, wählten unterproportional AfD. Sozio-

logen sprechen von sozialen Haltepunkten. Solche Haltepunkte in Zeiten des Wandels sind und bleiben Betriebs- und Personalräte. Da, wo das funktioniert, erkennen wir eine geringere Affinität zu diesen Rechtsaußen. Für mich ist das ein starkes Argument.

Hüber: Und es ist doch Gesellschaftsprävention.

Hoffmann: Ja, genau.

Gumpert: Wir sind Demokraten.

Hüber: Und wer kein Demokrat ist, hat in der Polizei nichts zu suchen. ■

ANZEIGE

REISEMARKT

Action mit wasser·c·raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

ADVOCARD Verkehrs-Rechtsschutz

Maximale Sicherheit im Straßenverkehr für Sie und Ihre Familie



Speziell für GdP-Mitglieder günstig und leistungsstark!

- Jahresbeitrag 61,90 (Single-Tarif)
- Keine Selbstbeteiligung im Rechtsschutzfall
- Sofortiger Leistungsanspruch ohne Wartezeit
- Telefonische Rechtsberatung und Online-Rechtsberatung per Chat

Der Verkehrs-Rechtsschutz von ADVOCARD hilft schnell unbürokratisch und flexibel für Sie u.a. als

- Eigentümer, Halter oder Insasse
- Mieter von Mietwagen
- Fahrer fremder Fahrzeuge
- Fahrgast, Fußgänger und Radfahrer

Wahlweise als Single- oder Familien-/Partner-Tarif

**Onlineantrag und weitere Informationen unter
<https://osg-werbemittel.de/advocard/>**

**Gern beantworten wir Ihre Fragen und erstellen ein individuelles Angebot
– rufen Sie uns an unter Tel. 0211/7104 202 oder schreiben Sie uns:**

OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststr. 3a, 40721 Hilden

Innenleben



DGB-RESOLUTION

Für Zusammenhalt, gegen Rassismus und Diskriminierung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat am 7. Juli 2020 die Resolution „Für Zusammenhalt, gegen Rassismus und Diskriminierung“ verabschiedet. Darin verurteilen die DGB-Mitgliedsgewerkschaften jegliche Form von Gewalt sowie Diskriminierungen gegen Polizistinnen und Polizisten und solidarisieren sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. „Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gehört für uns so selbstverständlich wie alle anderen Gewerkschaften zum DGB. Unsere Geschichte hat uns gelehrt, dass politische Spaltung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und allen abhängig Beschäftigten in unserem Land schadet“ betont der DGB und stellt klar: „Wir sind DemokratInnen und AntifaschistInnen und engagieren uns aktiv gegen Rassismus und jegliche Form von gewaltbereitem Extremismus.“

Der Wortlaut:

„Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung widersprechen unserem Gesellschaftsbild. Sie schaden uns allen. Deshalb rufen wir alle Demokratinnen und Demokraten dazu auf, für eine friedfertige, sozial gerechte, gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Gesellschaft einzutreten.

Das gilt für alle Bereiche der Gesellschaft – und es gilt in alle Richtungen. Das Austarieren von Interessen gehört zum Wesen der Demokratie – genauso wie verbindliche Regeln und Rechtsstaatlichkeit, um ein friedliches Miteinander sicherzustellen.

Wir sind schockiert über die Beleidigungen, Anfeindungen, Diskriminierungen und Gewalt, die Menschen mit Migrationshintergrund und People of Color in Deutschland immer noch erfahren.

In den vergangenen Wochen haben wir intensive und kontroverse Debatten über Rassismus in unserer Gesellschaft erlebt. Das war und ist dringend notwendig. Denn:

Rassismus ist auch in Deutschland und Europa ein ernstes Problem. Rassismus ist real. Rassismus tötet. Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist das, was uns als Gewerkschaften im DGB immer einen wird.

Einige Debatten der vergangenen Wochen waren aber auch geprägt von Verallgemeinerungen und pauschalen Schuldzuweisungen gegen bestimmte Berufsgruppen. Besonders die Polizei stand dabei oft im Fokus. Solche Verallgemeinerungen und Pauschalisierungen lehnen wir als DGB ab.

Wir als DGB-Gewerkschaften verurteilen jegliche Form von Gewalt sowie Diskriminierungen gegen Polizistinnen und Polizisten und solidarisieren uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gehört für uns so selbstverständlich wie alle anderen Gewerkschaften zum DGB. Unsere Geschichte hat uns gelehrt, dass politische Spaltung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

mern und allen abhängig Beschäftigten in unserem Land schadet. Wir sagen ganz klar: „Wir sind DemokratInnen und AntifaschistInnen und engagieren uns aktiv gegen Rassismus und jegliche Form von gewaltbereitem Extremismus.“

Wir sind uns einig: Eine demokratische Gesellschaft muss immer achtsam sein. Diskussionen über Rassismus und Gewalt sind gerade jetzt und dauerhaft in allen gesellschaftlichen Gruppen, in der gesamten Arbeitswelt und im Bildungsbereich erforderlich.

Für uns ist klar: Die zunehmende Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft ist äußerst besorgniserregend. Wir verurteilen jede Form von Gewalt. Gewalt ist – auch in politischen Auseinandersetzungen – niemals eine Lösung.

Wir sind schockiert über das Ausmaß an Gewalt gegenüber PolizeibeamtInnen, SanitäterInnen und Feuerwehrleuten, aber auch gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr, in Krankenhäusern, Ämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wurde in den vergangenen zwei Jahren während der Arbeit beleidigt, beschimpft, bedroht oder angegriffen. Wir wollen und wir werden eine solche Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen und stehen gemeinsam auf für die Rechte und den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen. Wir sagen „Nein“ zu einem Klima der Verachtung, der Diskriminierung und der Gewalt. Vor diesem Hintergrund hat der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften bereits im vergangenen Jahr die Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ gestartet.

Wir alle – ob Bürgerinnen und Bürger, Institution oder staatliche Stelle – müssen uns jeden Tag erneut fragen, was wir dafür tun können, um diese Diskriminierungen zu beenden. Und wir müssen Tag für Tag entsprechend handeln. Dabei kommt unseren Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst eine ganz besondere Rolle zu: für gesellschaftlichen Zusammenhalt statt Spaltung. Dafür verdienen sie Solidarität, Respekt und Wertschätzung. Gerade jetzt, wo unsere Gesellschaft mehr Zusammenhalt, mehr Schutz durch Organe des Rechtsstaats und auch des Sozialstaats benötigt, – gerade jetzt ist Zusammenhalt statt Spaltung wichtiger denn je. Dafür stehen wir als Deutscher Gewerkschaftsbund: Für Zusammenhalt, gegen Rassismus und Diskriminierung. ■

Hingeschaut



Beamte des Bundesgrenzschutzes tragen den Sarg ihres erschossenen GSG-9-Kollegen Michael Newrzella zur letzten Ruhe. Der junge Beamte war am 27. Juni 1993 bei einem Polizeieinsatz gegen Terroristen auf dem Bahnhof von Bad Kleinen ums Leben gekommen.

RAF-LINKSTERRORISMUS – TEIL 2

Täter als Opfer als Täter

1970 bis 1998 – fast drei Jahrzehnte Linksterrorismus. Die Propaganda der Rote Armee Fraktion (RAF) zwischen Fiktionen und Fakten. Der zweite Teil der Analyse.

Dr. Harald Bergsdorf

Im Kampf gegen den angeblich strukturell gewalttätigen Kapitalismus hatte Ulrike Meinhof bereits im Juni 1970 im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ den Einsatz von Schusswaffen gegen Polizeibeamte als Vertreter des „faschistischen Repressionsstaates“ propagiert, der in seiner realen Ausrichtung weit entfernt vom NS-Unrechtsstaat war (und ist). Das gilt und galt auch nach dem parlamentarischen Beschluss der Notstands- und der Antiterrorgesetze, die aus RAF-Sicht eine Neuauflage von NS-Gesetzen bedeuteten, womit die Terrorgruppe die Hitler-Diktatur verharmloste. In ihrem „Schießbefehl“ hatte die RAF-Propagandachefin appelliert: „Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. D.h. wir haben nicht mit ihm zu reden ... und natürlich kann geschossen werden!“

„Nie war die freiheitlich-demokratische Grundordnung selbst durch die RAF wirklich gefährdet. Vielmehr erwies sich die rechtsstaatliche Demokratie als wehrhaft. Zu keiner Zeit gelang es der RAF, durch Terror und Propaganda mehr als nur kleine und laute, später schrumpfende Minderheit an Sympathisanten hinter sich zu scharen.“

Schwer bewaffnet

Tatsächlich war die Mehrzahl der RAF-Mitglieder bei ihrer Verhaftung mit geladenen und entscherten Pistolen bewaffnet, um sich einen Fluchtweg frei zu schießen. Darunter 1982 Mohnhaupt sowie Adelheid Schulz bei ihrer Festnahme am RAF-Zentraldepot nahe Heusenstamm und Christian Klar – stark verfremdet – bei seiner Festnahme am RAF-Depot „Daphne“ bei Aumühle im Sachsenwald. Bei (versuchten) Verhaftungen töteten RAF-Kader mehrfach vor allem geringer besoldete Polizeibeamte, unter anderem Norbert Schmidt 1971 und Michael Newrzella 1993, oder verletzten sie schwer. Immer wieder nutzten RAF-Täter in solchen Fällen auch Schrapnellmunition, um besonders schwere Verletzungen zu verursachen. Nach Meinhofs Schießbefehl starben auch mehrere RAF-Mitglieder, darunter Petra Schelm 1971, die auf jene Polizisten geschossen hatte, die sie daraufhin aus Notwehr töteten.

Um sich als Opfer des angeblich strukturell gewalttätigen Kapitalismus zu stilisieren, überschrieb die RAF ihre Tatbekennungen („Kommandoerklärungen“) nach ihren Mordanschlägen üblicherweise mit den Namen von in Haft unter anderem durch Selbsttötung gestorbenen oder bei Polizeieinsätzen getöteten RAF-Mitgliedern.

Kampf gegen das Schweinesystem

Einen Höhepunkt erreichte die RAF-Propaganda gegen den faschistischen Repressionsstaat und gegen die kapitalistische Klassenjustiz 1972 nach der Verhaftung fast der gesamten Spitze der sogenannten 1. RAF-Generation. Die 2. RAF-Generation mutierte daraufhin – und nicht erst 1977 – beinahe zu einer RAF-Gefangenen-Freipressungsvereinigung. Hierzu agitierte die RAF zum einen mit dem Propagandabegriff der „Isolationsfolter“ (Vernichtungshaft) und agierte zum anderen in Justizvollzugsanstalten mit kollektiven Hungerstreiks, um den Kampf gegen das Schweinesystem aus der Haft heraus fortzusetzen. Zwar lebten und litten RAF-Gefangene – wie Meinhof in einem abgelegenen Teil der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf – phasenweise unter sehr harten Haftbedingungen. Diese dienten unter

anderem dazu, bewaffnete Befreiungsversuche, wie sie die RAF durchaus propagiert hatte, sowie Selbsttötungen von Gefangenen zu erschweren. Kritiker monierten damals, die Zelle Meinhofs sei rund um die Uhr beleuchtet. Darüber hinaus dürfe sie im „toten Trakt“ nur selten Besuch empfangen und das ausschließlich unter polizeilicher Überwachung. Letztlich leide sie unter sozialer Isolation und sowohl akustischem als auch visuellem Reizentzug.

Generöse Haftumstände

Meinhof scheute sich damals freilich nicht, das eigene Schicksal in Ossendorf mit den Mordfabriken in Auschwitz beinahe gleichzusetzen – fast zeitgleich hatte sie den palästinensischen Mordanschlag auf israelische Sportler in München, mit dem auch sie freigesprengt werden sollte, noch als antifaschistische und antiimperialistische Großtat der Menschlichkeit heroisiert.

Doch gerade in Stuttgart-Stammheim profitierte die RAF-Spitze von besonders generösen Haftumständen. In Stammheim brach der Strafvollzug unter dem Druck der damals breiten RAF-Sympathisanzenszene mit zwei traditionellen Grundsätzen: zum einen dem Prinzip, Männer und Frauen getrennt unterzubringen und zum anderen der Regel, Beschuldigte eines Verfahrens ebenfalls getrennt unterzubringen, um Absprachen zu erschweren. Dadurch verbrachten die Häftlinge täglich mehrere Stunden miteinander im sogenannten Umschluss. Obendrein empfingen sie häufig Besuch, genossen eine besondere Verpflegung und erhielten Sportgeräte – nicht zuletzt, um ihre Haft- und Verhandlungsfähigkeit im RAF-Prozess zu sichern. Beachtlich neben Fernseh- und Radiogeräten die Literatur in den Haftzellen der RAF-Täter: darunter nicht nur Werke von Marx – als dem geistigen Urvater des gewaltsamen Antikapitalismus – Lenin und Mao, sondern beispielsweise auch „Guerilla“-Literatur über moderne Sprengtechniken und polizeiliche Fachliteratur über Fahndungsmethoden.

Vernebeln

Das alles vernebelten die „politischen Gefangenen“ der RAF, die entgegen ihrer Pro-

paganda nicht wegen ihrer politischen Überzeugungen, sondern wegen des dringenden Verdachts schwerster Straftaten inhaftiert waren. Obendrein erreichten die RAF und ihre Anwälte nach der Selbsttötung Meinhofs 1976 und zuvor schweren Auseinandersetzungen in der RAF-Spitze – die Verlegung Brigitte Mohnhaupts nach Stammheim. Damit wollten die zuständigen Politiker der RAF-Propaganda über die Haftbedingungen entgegenwirken. In Stammheim nutzten Baader und Ensslin die Zeit bis zur Haftentlassung Mohnhaupts im Februar 1977 freilich, um mit ihr die Mordanschläge der Folgezeit zu planen. Unter massivem Druck der „Stammheimer“ auf ihre Genossen im Untergrund forcierte die 2. RAF-Generation um Mohnhaupt 1977 ihre Versuche, die inhaftierte RAF-Spitze nach dem Vorbild der Lorenz-Entführung freizupressen.

Desinformationskampagnen

Die faktenferne RAF-Agitation gegen die „Isolationsfolter“ förderten unter anderem zahlreiche RAF-Anwälte und Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre und Heinrich Böll. Sie hatten sich frühzeitig an RAF-Desinformationskampagnen beteiligt, indem sie die damalige Bundesrepublik in die Nähe des „Dritten Reiches“ rückten.

Im Kern ging es der RAF freilich weniger darum, Haftbedingungen zu verbessern. Vielmehr zielte sie darauf, RAF-Täter zu opfern zu stilisieren. Damit wollten sie die wirklichen Opfer herabwürdigen und als die wahren Täter darstellen. Zustimmend hatte sie schon 1972 die Mao-Parole zitiert, wonach Bedeutung und Lebensrecht von Opfern „fortschrittlichen“ Terrors letztlich weniger wögen als „Schwanenflaum“ und getötete beziehungsweise verstorbene Mitglieder der „Guerilla des Volkes“ in ihrem Wert mehr Gewicht aufbrächten als ein Berg.

Der Körper als Waffe

Als weiteres Druckmittel der RAF gegen den faschistischen Repressionsstaat fungierten kollektive Hungerstreiks, der „Körper als Waffe“. Die RAF-Spitze um Ensslin und Baader, die ihre Hungerstreiks immer wieder heimlich unterbrachen, kalkulierten frühzeitig mit Todesopfern unter ihren

Gesinnungsgenossen, um den öffentlichen Druck auf die Politik zu erhöhen. Wörtlich hieß es dazu in einem Zellenzirkular von 1973: „wir brauchen eine Leiche ... eine Leiche und wir haben was in der Hand“. Daher forderten Ensslin und Baader von ihren Mitstreitern in den Hungerstreiks immer wieder, weiter an Körpergewicht zu verlieren.

Im November 1974 starb Holger Meins in der Justizvollzugsanstalt Wittlich/Mosel – trotz Zwangsernährung – an den Folgen des Hungerstreiks. Nach seinem Tod bemängelten Kritiker medizinische Versäumnisse bei der ärztlichen Betreuung des Inhaftierten. Das wirkmächtige Bild seines Leichnams erinnerte Birgit Hogefeld an NS-Opfer in Auschwitz. Einen Tag nach dem Tod von Meins, den die RAF und ihre Anwälte zur Rekrutierung neuer Mitglieder gebrauchten, ermordete die „Bewegung 2. Juni“ den Präsidenten des Berliner Kammergerichtes, Günter von Drenkmann, der mit Terroristen-Prozessen nie befasst war, aber aus RAF-Sicht zur verhassten „Klassenjustiz“ gehörte. In ihren Bekennerschreiben versuchten die Täter, mit denen die RAF eine konfliktuelle Komplizenschaft verband, den Mord mit den Worten „wer gewalt sät, wird gewalt ernten“ zu rechtfertigen.

Gerade auch den Tod Meins und das Foto seines Leichnams nutzte die RAF für ihren propagandistischen Kampf mit Worten und Bildern gegen den faschistischen Repressionsstaat, der das Mitglied der RAF-Kommandoebene ermordet habe. Ähnlich agitierte sie nach der Selbsttötung Meinhofs im Mai 1976 und den Suiziden von Baader, Ensslin und Jan-Karl Raspe im Oktober 1977 nach dem Scheitern mehrerer Versuche der 2. RAF-Generation und ihrer palästinensischen Komplizen, durch Entführungen und Morde die inhaftierte Spitze der 1. RAF-Generation freizupressen. Den Tod durch Selbsttötung in der „Stammheimer Todesnacht“ 1977 bestätigten später gerichtsmedizinische Gutachter aus dem In- und Ausland. Anhaltspunkte für schuldhaftes Verhalten Dritter verneinte die zuständige Staatsanwaltschaft damals. Mit ihren als faschistische Morde präsentierten Selbsttötungen wollten Ensslin, Baader und Raspe dem System offenbar einen letzten schweren Schlag versetzen und der RAF einen letzten Dienst erweisen. Nach der „Stammheimer Todesnacht“ rekrutierte die RAF für sich weiteren Nachwuchs.

„Letztlich ist eine Mischung aus Härte und Besonnenheit grundsätzlich auch künftig in Auseinandersetzungen mit Extremismus und Terrorismus gefragt. Weiterhin sind Freiheitsfeinde jeglicher Couleur mit Maß und Mitte möglichst konsequent ohne Über- oder Unterreaktionen zu bekämpfen. Diese Gratwanderung bleibt für die rechtsstaatliche Demokratie stetige Herausforderung für die Zukunft.“

Verbrechen legitimieren

Letztlich versuchte die RAF durchgängig, die eigenen Verbrechen durch Verweis auf den gewalttätigen Kapitalismus zu legitimieren. So heißt es in ihrer Auflösungserklärung ausgerechnet vom 20. April 1998, die im Übrigen kein RAF-Opfer mit auch nur einer Silbe erwähnt, die Täter weiter heroisiert und die eigenen Verbrechen erneut rechtfertigt: „Wir stehen zu unserer Geschichte ... Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein ... Das Ende des Projektes zeigt, dass wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten. Aber es spricht nicht gegen die Notwendigkeit und Legitimation der Revolte ... Denn der tatsächliche Terror besteht im Normalzustand des ökonomischen Systems“. Bezeichnenderweise erinnert die RAF in ihrer Auflösungserklärung mit Schleyer nur an ein einziges RAF-Opfer – nur um ihn nochmals ausschließlich als Täter darzustellen. Als ihren letztlich einzigen Fehler konzediert die RAF in der Erklärung lediglich, sie habe es versäumt, über und neben ihr als mordender „Fraktion“ eine politische Partei aufzubauen, um den „terroristischen Kapitalismus“ wirkungsvoller mit Attentaten und Agitation zu bekämpfen.

Nie eine Gefahr für den Rechtsstaat

Im Ergebnis haben Terror und Propaganda der RAF die Bundesrepublik zwar erschüttert, aber in ihrer Substanz und Existenz nie gefährdet. Die Morde und anderen Gewalttaten der RAF bedeuteten primär eine ernste Herausforderung für die öffentliche Sicherheit der rechtsstaatlichen Demokratie. Nie war die freiheitlich-demokratische Grundordnung selbst durch die RAF wirklich gefährdet. Vielmehr erwies sich die rechtsstaatliche Demokratie als wehrhaft. Zu keiner Zeit gelang es der RAF, durch Terror und Propaganda mehr als nur eine kleine und laute, später schrumpfende Minderheit an Sympathisanten hinter sich zu scharen. Die große Mehrheit der Arbeiter und der anderen Bürger wandte sich gegen die RAF. Die kleine Minderheit an RAF-Sympathisanten umfasste sowohl Leute, die primär die revolutionären Ziele und weniger die mörderischen Methoden der RAF guthießen, als auch Personen, die sogar den Terror der RAF (geistig) unterstützten. Hinzu kamen Leute, die lediglich deshalb auf Distanz zur RAF gingen, weil sie befürchteten, deren Terror könnte fortschrittliche Politikansätze beschädigen.

Brutalitätsunrecht

Die weitgehende und zunehmende Isolierung der RAF in der Bevölkerung gründete zum einen auf dem außerordentlichen Brutalitätsunrecht, die weder vor der Tötung junger Polizisten zurückschreckte noch vor der besonders perfiden Ermordung des jungen US-Soldaten Edward Pimental per Genickschuss. Dessen Hinrichtung 1985 – weit nach Ende des Vietnamkrieges – durch Mitglieder der 3. RAF-Generation stieß selbst in Teilen des RAF-Sympathisantenumfeldes eher aus strategischen als moralischen Gründen auf Kritik und erinnerte auch RAF-Apologeten an SS-Methoden. Erst viel später nannte Birgit Hogefeld die Ermordung des jungen Soldaten „zutiefst unmenschlich“.

Bereits 1977 war die RAF als Auftraggeberin (mit-)verantwortlich für die Entführung einer Lufthansa-Maschine mit vielen Urlaubern, darunter Kinder, an Bord und die Ermordung von Flugkapitän Jürgen Schumann durch palästinensische Terroristen, die da-

DP-Autor Dr. Harald Bergsdorf ist Politikwissenschaftler, Zeithistoriker und Buchautor aus Bonn. Er arbeitet zu den Schwerpunkten Parteien, Demokratie, Extremismus, Terrorismus und deutsche Geschichte seit 1870/71.

mit – letztlich vergeblich – versuchten, die Stammheimer Häftlinge freizupressen.

Zum anderen basierte die weitgehende Isolierung der RAF sowohl auf der grundsätzlich breiten Unterstützung der rechtsstaatlichen Demokratie und sozialen Marktwirtschaft in der bundesdeutschen Bevölkerung als auch dem konkreten Handeln der verantwortlichen Politiker bei der Terrorbekämpfung. Wie stark die große Mehrheit damals die demokratischen und staatstragenden Parteien CDU/CSU, SPD und FDP und damit die rechtsstaatliche Demokratie selbst seinerzeit unterstützte, unterstreichen unter anderem ihre Zweitstimmenanteile bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 von insgesamt je über 95 Prozent.

Klares Signal an potenzielle Nachahmer

Die maßgeblichen Parteien des Verfassungsbogens reagierten gleichermaßen hart und besonnen auf die Bedrohung durch die RAF. Einerseits zeigten Regierung und Opposition gerade während der Schleyer-Entführung 1977 Härte, um den Erpressern – anders als bei der Lorenz-Entführung 1975 durch die „Bewegung 2. Juni“ – nicht nachzugeben.

Das zentrale Ziel bestand darin, an potenzielle Nachahmer ein klares Signal der Konsequenz auszusenden. Das auch deshalb, weil zwei durch die Lorenz-Entführung freigesessene Terroristen danach ihren terroristischen Kampf in der RAF fortgesetzt hatten.

Ein zu Milde fähiger Staat

Dass der demokratische Rechtsstaat gegenüber reuigen RAF-Mördern andererseits, wenn sie Kooperationsbereitschaft zeigen, auch zur Milde fähig ist, belegt der Fall Werner Lotze, der trotz eines vollendeten Mordes an einem Polizeibeamten bereits nach fünfeinhalb Jahren auf Bewährung aus der Haft freikam. Lotze profitierte von der Kronzeugenregelung, weil er über seine und Tatbeiträge anderer RAF-Täter substanziiell ausgesagt hatte. Auch durch die Verkürzung langjähriger Haftstrafen – die sogenannte „Kinkel-Initiative“ von 1992 durch den damaligen Bundesjustizminister Klaus Kinkel im Auftrag des seinerzeitigen Bundeskanzlers Helmut Kohl – bewies der demokratische Rechtsstaat eine Bereitschaft zur Versöhnung. Obendrein leistete er dadurch einen Beitrag, die RAF zu spalten und weiter zu schwächen.

Ordentliche Bestattung

Auf andere Art besonnen hatte schon 1977 der damalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, Sohn eines Generals der Wehrmacht, auf hasserfüllte Forderungen aus der Bevölkerung reagiert, Ensslin, Baader und Raspe auf einer Müllhalde zu verscharren. Rommel widersprach dem deutlich. Der christdemokratische Politiker plädierte vielmehr und letztlich erfolgreich dafür, alle drei Terroristen in Stuttgart auf einem Friedhof zu bestatten, weil mit dem Tod jede Feindschaft aufhören müsse. Nebenbei erschwerte eine solche Haltung die RAF-Propaganda gegen den faschistischen Repressionsstaat.

Letztlich ist eine Mischung aus Härte und Besonnenheit grundsätzlich auch künftig in Auseinandersetzungen mit Extremismus und Terrorismus gefragt. Weiterhin sind Freiheitsfeinde jeglicher Couleur mit Maß und Mitte möglichst konsequent ohne Über- oder Unterreaktionen zu bekämpfen. Diese Gratwanderung bleibt für die rechtsstaatliche Demokratie stetige Herausforderung für die Zukunft. ■

ANZEIGEN

KAPITALMARKT

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten -
2,50% echter Vorteilszins

 effektiver Jahreszins
SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig
AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel: (06241) 173180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

Exklusivzins
 sehr gut

Finanzierung Hausbesitzer
 Kreditzusammenfassung
 bis 50 % Raten senken,
 Kreditkündigung, Zwangsversteigerung, neg. Schufa
www.ihr-bankpartner.de
 Tel.: 03681-351703

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
 Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

JETZT INFORMIEREN!
 Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal

Gelesen

DGB UND GdP ALS „FREMDE FEDERN“ IN DER „FAZ“

Die Polizei verteidigt unsere Demokratie

In einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (14. Juli 2020) bezogen DGB-Chef Reiner Hoffmann und GdP-Vize Dietmar Schilff angesichts der teils erregten Vorwurfs-Debatte um die Haltung der Polizei hierzulande klare Position, der Wortlaut:

Reiner Hoffmann

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Dietmar Schilff

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Beschäftigte im öffentlichen Dienst sehen sich schon seit geraumer Zeit verstärkt mit Aggressionen, Hass und Gewalt konfrontiert. Seit Ausbruch der Corona-Krise verschärft sich dieses Problem. Egal ob Rettungssanitäter und -sanitäterinnen, Feuerwehrmänner und -frauen oder Polizisten und Polizistinnen – sie alle müssen in jüngster Zeit ständig damit rechnen, im Dienst noch stärker als sonst zur Zielscheibe verbaler und physischer Angriffe zu werden. Klar ist: Wo der Staat sich aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurückzieht, wo Personal eingespart wird und Investitionen ausbleiben, dort leiden das Vertrauen der Bürger in den Staat und der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Ohne einen funktionierenden öffentlichen Dienst schwindet die Gewissheit, dass der Staat seinen Aufgaben gerecht wird. Überall dort, wo der Staat dies nur noch ungenügend erfüllt, drohen seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu Blitzableitern für den Frust der Menschen zu werden. Die Polizei ist davon seit jeher besonders betroffen. Derzeit wird das noch verstärkt, wenn sie für die kommunalen Ordnungsbehörden und Gesundheitsämter Abstands- und Hygienemaßnahmen kontrollieren und durchsetzen muss.

Die jüngsten Ausschreitungen in Stuttgart sind nur ein besonders skandalöses Beispiel für Gewaltexzesse unter vielen.

Egal, wie unzufrieden man mit dem Staat ist: Gewalt gegen Sachen und noch mehr gegen Menschen ist mit nichts zu rechtfertigen. Der DGB und seine acht Mitglieds-gewerkschaften verurteilen jede Gewalt, sie ist

kein legitimes Mittel der kontroversen Auseinandersetzung.

Seit der Tötung George Floyds in den Vereinigten Staaten durch einen amerikanischen Polizisten und der berechtigten Entrüstung darüber ist auch über die Polizei in Deutschland ein Sturm undifferenzierter Kritik hereingebrochen: Die jüngsten Exzesse von Polizeigewalt in den Vereinigten Staaten befeuern bei uns in Deutschland ein Klima neuer Feindseligkeit gegenüber Polizisten und Polizistinnen, häufig verbunden mit pauschalen Vorwürfen rassistischen Verhaltens.

Wie in allen Bereichen des Arbeitslebens und in anderen Teilen unserer Gesellschaft kommt es auch unter deutschen Polizisten und Polizistinnen zu Fehlverhalten. Eindeutig ist seit jeher auch unsere gewerkschaftliche Haltung in diesen Fällen: Wer rassistisch handelt oder sein Amt missbraucht, muss nach einem rechtsstaatlichen Verfahren zur Verantwortung gezogen und gegebenenfalls aus dem Beruf entlassen werden, egal in welchem Arbeitsbereich, natürlich auch bei der Polizei.

Diese eindeutige und klare Haltung ist unverrückbar. Das rechtfertigt jedoch in keiner Weise, der Polizei generell eine rassistische Grundhaltung oder latenten Rassismus zu unterstellen. Wer dies tut, verhindert nicht nur eine notwendige und sachliche Auseinandersetzung, sondern ignoriert zugleich, wie wichtig die Rolle der Polizei als tragender Säule unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie ist.

Pauschale Angriffe tragen die Gefahr in sich, das Vertrauen von Menschen in den

Pauschale Angriffe tragen die Gefahr in sich, das Vertrauen von Menschen in den Rechtsstaat zu untergraben. Eine solche Destabilisierung des Vertrauens in staatliche Institutionen spielt aber genau den Kräften in die Hände, denen die parlamentarische Demokratie ohnehin ein Dorn im Auge ist.

Rechtsstaat zu untergraben. Eine solche Destabilisierung des Vertrauens in staatliche Institutionen spielt aber genau den Kräften in die Hände, denen die parlamentarische Demokratie ohnehin ein Dorn im Auge ist. Dabei verteidigt die Polizei unseren Rechtsstaat, unsere Grundrechte und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen jedwede Art von demokratiefeindlichen Angriffen.

Pauschale Vorwürfe übersehen auch, dass die Polizei selbst zunehmend diverser und vielfältiger wird. In Berlin haben beispielsweise 30 Prozent der neu eingestellten Polizisten und Polizistinnen eine Migrationsgeschichte. Das ist eine gute Entwicklung, denn gelebte Vielfalt am Arbeitsplatz ist eine wichtige Bereicherung, um Vorurteilen und Rassismus entgegenzuwirken.

So wie sich gesellschaftlicher Wandel in der Polizei spiegelt, so spiegeln sich in ihr auch gesellschaftliche Probleme wider. Rassismus und Vorurteile kommen überall in der Gesellschaft vor.

Auch Polizeibesetzte sind nicht immun gegen Rechtspopulismus. Eine zentrale Aufgabe und Herausforderung für uns Gewerkschaften – aber ebenso, wenn nicht erst recht, für den Arbeitgeber – ist es, durch stetige Aus- und Fortbildung etwaige populistische Strömungen und Veränderungen im Arbeitsbereich einordnen und ihnen entgegenwirken zu können.

Der tägliche Einsatz stellt höchste Anforderungen an die Frustrationstoleranz unserer Kolleginnen und Kollegen der Polizei. Gleichzeitig erwartet man von ihnen, die eigenen Verhaltensweisen regelmäßig zu reflektieren. In diesem Prozess müssen die Polizeibesetzten stärker unterstützt werden. Ihre Arbeit muss seitens der Politik mehr wertgeschätzt und attraktiver gestaltet werden. Und wir dürfen nicht zulassen, dass sich Polizisten und Polizistinnen mit Vorwürfen und Anfeindungen mehr und mehr alleingelassen fühlen.

Seit Jahren sprechen in Meinungsumfragen über 80 Prozent der Befragten der Polizei ihr Vertrauen aus. Wichtig ist daher, dieses Vertrauen zu festigen sowie dem in wenigen Teilen unserer Gesellschaft leider vorhandenen polizeifeindlichen Klima aktiv entgegenzuwirken.

Dieser erfreuliche und berechtigte Vertrauensbeweis muss Motivation und Ansporn für uns alle sein, unsere demokratische und bürgernahe Polizei weiterhin zu unterstützen. ■

Innenleben

Dickes Lob der Teamsieger an GdP-Tippspiel

Benjamins erfolgreicher Mitstreiter Mathias ist „wie es die Fügung will“, ebenfalls seit seiner Jugend BVB-Fan. „Ich glaube, es war 1994, als ich zufällig ein Spiel des BVB gegen Kopenhagen sah. Die Fans im Stadion haben

mich damals schon in den Bann gezogen.“ Eine Botschaft wollen beide noch unbedingt loswerden: „Noch mal vielen Dank und ein dickes Lob an die GdP, ein solches Tippspiel mit den vielen Preisen möglich zu machen. Wir sind weiterhin dabei!“

DREI VOLLTREFFER IM GdP-FUSSBALL-TIPPSPIEL

Die Sieger nach den Geisterspielen

Der Geisterspiel-Endspurt der Fußball-Bundesliga hat ein ordnungsgemäßes Ende gefunden und damit auch unser diesjähriges GdP-Tippspiel. Der Re-Start brachte drei Experten der schönsten Nebensache der Welt Glück. Sie landeten einen Volltreffer mit den ersten Plätzen in der Einzel- und Teamwertung. In Pandemie-Zeiten gibt es jedoch einen Wermutstropfen: Wann das Dortmunder Stadion-VIP-Wochenende für die Sieger stattfinden wird, steht noch in den Sternen. Erstmal herzlichen Glückwunsch für die tolle Leistung – Uwe, Mathias und Ben.

Wolfgang Schönwald



Mit 18 Punkten Vorsprung souveräner Einzelsieger des Tippspiels: Uwe Bergmann.

Die drei Kollegen schüttelten letztlich mehr als 900 Einzel-Konkurrenten und mehr als 50 Mannschaften mit zum Teil bis zu sechs Spielern ab. Viele hundert Kolleginnen und Kollegen ließen sich von der mehrmonatigen Corona-Zwangspause nicht entmutigen und nahmen auch am Schlusspartie teil.

Bayern-Fan freut sich auf Dortmund

Dem besten Einzeltipper Uwe Bergmann, der unter dem Spieler-Pseudonym uwehollese tippte, konnte über die ganze außergewöhnliche Saison sein Fachwissen am besten einsetzen. Ihm ging auch im Endspurt nicht die Luft aus. Souveränes Ergebnis:



Mathias Dettmer und Benjamin Haack hatten im Endspurt knapp die Nase in der Teamwertung vorn.

18 Punkte Vorsprung vor dem Zweiten, der ebenfalls wie viele weitere Mitspieler tolle Leistungen zeigte.

Der 59-jährige Polizist aus dem hessischen Limburg freut sich schon auf den Spieltag, an dem wieder die Zuschauer im Stadion mitfiebern können und er gemeinsam mit der GdP-Familie in der Signal-Iduna-Arena feiern kann. Sein Wunschgegner wäre der Rekordmeister aus dem tiefen Süden. „Ja, ich bin Fan des FC Bayern München und das nicht erst seit Kurzem. Als 1967 die Bayern im Europapokalfinale gegen die Glasgow Rangers standen, haben eigentlich alle, mein Vater zu vorderst, gegen die Münchener getippt“, erinnert sich der Fußballbegeisterte. Und er ergänzt: „Da war halt der kleine Uwe der Meinung, er muss zu den Bayern halten, und dabei bin ich bis heute geblieben.“

Namenspate „Uns Uwe“ als Ansporn

Der Fußball begleitet Benjamin seit Geburt. Er verrät ein kleines Geheimnis: „In der Hoffnung auf einen möglichst erfolgreichen Kicker wurde ich, mutmaßlich auf Drängen meines Vaters, daher nach Uwe Seeler benannt.“ Das habe jedoch nicht so richtig geklappt. „Über die Bezirksliga kam ich nicht hinaus; Spaß hat es trotzdem immer gemacht und so war ich bis zu meinem 52. Lebensjahr aktiv.“

Am Tippspiel nimmt Uwe seit Beginn teil. „In den Gesamtwertungen lag ich immer unter den ersten 100 Tippfern, einmal sogar auf Platz 5. Dass es in dieser Saison dann zum ganz großen Wurf gereicht hat, macht einen schon ein bisschen stolz, auch wenn natürlich sicher eine große Portion Glück mit im Spiel war“, meint Uwe, der noch nie Tagesieger war.

Riesige Freude bei glühenden BVB-Anhängern

Unter der Erfolgsmarke „DeisterBVB“ gewannen der 37-jährige Benjamin Haack und der 40-jährige Mathias Dettmer aus Niedersachsen die Teamwertung unseres Tippspiels, die bis zuletzt sehr spannend verlief. Den zweiten Siegern fehlten am Ende nur ganze zwei Punkte auf Platz 1. Fast hätten die beiden (Pandussel) als erste Mannschaft ihren Sieg aus dem Startjahr unseres GdP-Wettbewerbs im Jahr 2015 wiederholen können.

Die Besten der Saison 2019/2020 – Benjamin aus der Rattenfängerstadt Hameln und Mathias aus Springe – sind nach eigenem Bekunden glühende BVB-Anhänger. Wie passend zum Preis.

Benjamin ist seit mehr als drei Jahrzehnten Schwarz-Gelber: „Seit dem Pokalsieg 1989 gegen Werder Bremen und bereits auch länger Vereinsmitglied. Eines meiner BVB-Highlights im Stadion – trotz des Ausgangs – war das CL-Finale gegen die Bayern.“

Er bezeichnet sich selbst als durchschnittlich begabter Fußballer. Mittlerweile trete er nur noch im Rahmen des Dienstsports gegen den Ball, so Haack. ■

Forum

ZU:

Titel, DP 7/20

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Dienstbühl, sehr herzlichen Dank für Ihren DP-Beitrag – nüchtern und ohne Pathos, den Punkt getroffen mit Festlegung: „Kein Extremismus ist besser oder richtiger...“ Und Ihr Fazit erst: „Es ist längst überfällig, dass Gesellschaft...“

Zu RAF-Zeiten war ich mit meinen gerade einjährig ausgebildeten Polizei-Eleven als „Notnagel“ in Karlsruhe im Einsatz (Ausbildung wurde unterbrochen). Sie mussten damals den Generalbundesanwalt Siegfried Buback tot auf dem Gehweg liegend ansehen und dies ertragen – die Rohrbomben auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft und noch mehr. Ich will mir gar nicht ausmalen, was das in den heranreifenden Seelen der 18- bis 20-Jährigen verwüstete.

Ihre Haltung, Frau Dienstbühl, erinnert mich daran, dass ich – nach sechs Monaten Einsatz zur Ausbildungsstätte zurückgekehrt, um die Eleven auf die Prüfung vorzubereiten – im Fach Politische Bildung (damals noch „Staatsbürgerkunde“) von Friedrich Hacker, Prof. Dr. med. und Psychoanalytiker, Autor der Bücher: Versagt der Mensch oder die Gesellschaft (1964), Aggression (1971), Terror (1973) et cetera drei Themen (gewissermaßen als Stressbewältigung) bearbeiten ließ: „Gewalt ist auch, was sich als Gegengewalt gerechtfertigt fühlt“, „Man kann von der Gewalt lernen, ohne sie nachzuzahlen oder sich ihr zu beugen“ und „Das in der Rechtfertigung gefertigte und „fertigmachte“ Recht verwandelt Unrecht und Willkür in Notwendigkeit und Pflicht“. Das war ein steiniger Acker! Schade, dass ich damals nicht Ihre Meinung zur Hand hatte.

Nochmals vielen Dank für Ihre bemerkenswerte Haltung, die nach den Werten des Grundgesetzes eigentlich selbstverständlich ist, und die mich sehr angesprochen hat.

Armin Horzel, Rheinstetten

ZU:

Titel, DP 7/20

Bereits bevor ich die Juli-DP im Briefkasten hatte, wurde ich von verschiedenen Seiten teils harsch angegangen, welche Unverschämtheit sich die GdP hier leiste. Als ich also tatsächlich das Magazin erhielt, war meine Neugier groß und meine Ahnungen

und Erwartungen wurden aufs Schlechteste bestätigt. Was Frau Prof. Dr. Dienstbühl sich in ihrem Beitrag leistet, ist einer Professorin für Soziologie vollkommen unwürdig. Bei der Lektüre kann ich mich nicht entscheiden, ob ich aus der Haut fahren oder befreit loslachen soll.

Jedenfalls hat die Autorin offenbar eine gute Prise Polemik, einige Tatsachen, diverse Vorurteile und einen Hauch Gesellschaftskritik zu einer ungenießbaren Brühe verquirlt, und die Redaktion der DP besitzt die Dreistigkeit, uns Lesern dies als Titelthema vorzusetzen.

Die Kritik der Autorin an der heutigen Antifa, die sich ideologisch weiterhin an der ehemaligen RAF orientiere und den Begriff des Antifaschismus für ihre kriminelle Agenda missbrauche, geht fehl. Auch bleibt die Autorin in ihrer Kritik an der Zivilgesellschaft zu zurückhaltend, wenn sie fordert, dass der Antifaschismus wieder in die „Mitte der Gesellschaft“ geholt werden solle. Nein, die Frage beziehungsweise das Problem ist doch vielmehr, und das wäre auch ein Titelthema wert gewesen, aus welchen Gründen die Zivilgesellschaft es hinnimmt, dass der Antifaschismus ein Kampfbegriff für den extremistischen Rand ist.

Benedikt Maucher, Berlin

ZU:

Titel, DP 7/20

Als ich das Cover der DP-Juni-Ausgabe auf meinem Schreibtisch sah, war meine Neugier sofort geweckt: Die bildliche Aussage deutete für mich jedenfalls darauf hin, dass in dieser Ausgabe deutliche Worte für ein stark und oft unterschätztes, politisch gerne schön- oder fortgeredetes Phänomen gefunden werden sollten. Vorab so viel: Ich wurde nicht enttäuscht! Frau Prof. Dr. Dorothee Dienstbühl veröffentlichte einen bemerkenswerten Artikel, der hoffentlich insbesondere in der politischen Landschaft wahrgenommen werden wird. Das verharmlosende Vokabular, welches Anschläge als „Aktionen“ etikettiert, Straftäter und Terroristen zu „erlebnisorientierten Aktivisten“ macht und stumpfe Gewaltaktionen als „zivilen Ungehorsam“ oder „geballte Unvernunft“ bezeichnet, wird mit treffenden Beispielen als solches entlarvt.

Auch die Auseinandersetzung mit der Begrifflichkeit des „Anti-/Faschismus“ emp-

fand ich als durchaus erhellend. Solche – wie dort beschrieben – „Antifaschisten“ sind jedenfalls keine Demokraten. Demokraten lehnen rechtsextreme Politik, eine autoritäre Diktatur oder die willkürliche Verfolgung Andersdenkender aus voller Überzeugung ab. Richtig!

Sie (Hinw. d. Red.: Linksextremisten) werden unverhüllt und ungeschminkt als das beschrieben, was sie tatsächlich meistens sind: gewaltbereite Kriminelle, deren kindlich-naives Selbstbild ihre eigene Zugehörigkeit zu einer Bildungselite beinhaltet. Ihrer Überzeugung zufolge sind alle außerhalb ihres (oft von Marihuana geschwängerten) Dunstkreises politisch verblendet oder „gleichgeschaltet“ und liegen eben schlicht mit all ihren Ansichten falsch. So einfach kann die Welt (eigentlich nur) aus Kinder-Augen betrachtet sein ...

Als wirklich vortrefflich gelungenes „Augenzwinkern“ empfand ich den Vergleich zwischen der guten alten Rostlaube und der Luxuskarosse im Kontext der Zugehörigkeit zur Antifa und deren tatsächlichen Bezug zum ausgebeuteten Proletariat. „Entlaufene Wohlstandskinder“ ist ebenfalls eine Bezeichnung, die auch Jahrzehnte später nichts an Aktualität und sprachlicher Präzision in dem Gesamtzusammenhang eingebüßt hat.

Es fällt nicht schwer, Parallelen zu den Bildern des G20-Gipfels zu ziehen, auf denen „antifaschistische Globalisierungsgegner“, das heißt Wohlstandskinder in „stylistischen“ Marken-Klamotten abgebildet waren, die während einer „Aktionspause“ mit einer Marken-Cola in der Hand vor einem Geldautomaten in einer Warteschlange standen. Auch politischer „Aktivismus“ benötigt halt Kapital ...

Die große Gemeingefahr liegt meines Erachtens weiterhin darin, dass Linksterrorismus und deren „Antifaschismus“ sich seit jeher eines ungeheuerlichen Maßes an gesellschaftlicher Akzeptanz erfreuen, politisch teilweise sogar wohlwollend zur Kenntnis genommen und von einzelnen Politikern sogar ganz offen unterstützt werden, ohne dass das zu öffentlichen Irritationen führen würde („Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ und „Deutschland verrecke“ wurde beispielsweise im Rahmen einer Demonstration lauthals skandiert, die von der Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (B90/Grüne) persönlich begleitet wurde ...).

Für diese Akzeptanz finden sich im Artikel erste Erklärungsansätze, denen vielleicht forschend weiter gefolgt werden sollte.

Interessant erscheint auch der Ansatz, dass der beobachtbare „Rechtsruck“ in der Gesellschaft möglicherweise aus solchen und weiteren unzähligen vergleichbaren Schiefungen resultiert oder zumindest mit ihnen korreliert.

„[...] Kein Extremismus ist besser oder richtiger, als ein anderer. [...]“. Dem stimme ich ausdrücklich zu.

Es war längst überfällig, den „schwarzen Block“ als Ansammlung selbstgefälliger, scheinintellektueller, naiver, feiger und in Anbetracht ihrer Taten oft auch verachtenswerter Polit-Hooligans zu entlarven, denen es in der Hauptsache darum geht, den entmenslichten Gegner „Polizei“ (umgangssprachlich: „Bullen-Schweine“) möglichst schmerzhaft zu treffen, zu verletzen und nötigenfalls auch zu töten, da es ja immer noch falsch ist, „[...] überhaupt mit diesen Leuten zu reden. Und natürlich kann geschossen werden [...]“. Nach meiner Wahrnehmung scheint die Minimalzielsetzung dieser „Gewalt-Touristen“ darin zu bestehen, wenigstens horrende Sachschäden zu verursachen.

Ich frage mich schon seit Jahrzehnten vergeblich, welche politische Botschaft sich wohl hinter einem brennenden Privat-Pkw verbergen mag ...

Diese Enthüllungen, jenseits der oftmals gesellschafts-/politisch verklärten Sichtweise sind im Rahmen des zugrunde liegenden Artikels überaus akkurat gelungen.

Meine volle Unterstützung genießt auch das Fazit, denn es bedeutet ja praktisch, der Blindheit der öffentlichen und mitunter auch justiziellen Wahrnehmung auf dem „linken Auge“ ein Ende bereiten zu wollen.

Danke für diesen Beitrag! – So viel „Mut zur Wahrheit“ ist (leider) inzwischen schon ungewohnt.

Michael Kling, Detmold

ZU:

Titel, DP 7/20

Beim Teaser des Artikels war ich schon sehr gespannt, denn die Autorin, habilitierte und promovierte Politologin, plädiert eingangs dafür, linksextremistischen Gruppen konsequent Grenzen aufzuzeigen. Richtig, da bin ich auch dafür und nichts anderes machen unsere Polizei und Justiz, denn zum Glück

leben wir in einem Rechtsstaat. Mit der Fragestellung, worauf Frau Prof. Dr. Dienstbühl denn hinaus will, habe ich dann zu lesen begonnen. Nach der Schilderung von zwei abscheulichen Taten in Stuttgart und Berlin stellt sie zum ersten Mal die Frage: „... ist das Antifaschismus?“ und drückt damit dem Antifaschismus zum ersten Mal ganz direkt den Extremismus-Stempel auf. Dass die beiden schrecklichen Taten linksextremistisch motiviert waren, scheint offensichtlich. Im ersten Fall gibt es wohl Bekenner schreiben, im zweiten Fall sind die Täterinnen oder Täter zumindest schon Mal in diesem Kontext in Erscheinung getreten, wobei die Suche nach dem Motiv noch immer nicht abgeschlossen sein dürfte (vgl. ZEIT ONLINE, „Prügelangriff“, in der editierten Fassung vom 14.05.20). Woher sie nun die Vermutung nimmt, dass zumindest der letztgenannte Angriff antifaschistisch motiviert sei, ist mir schleierhaft. Nach einem kurzen Exkurs über den Faschismus- und Demokratiebegriff bleibt sie weiter beim Begriff des Antifaschismus hängen. Ein Blick in den Verfassungsschutzbericht des Bundesamtes (BfV) für das Jahr 2018 genügt, um festzustellen, dass der Antifaschismus nur ein Aktionsfeld von Linksextremisten ist. „Antirepression“ würde es bei den genannten Angriffen auf die Polizei vermutlich eher treffen, so man denn eine politische Motivation überhaupt unterstellt und es sich nicht nur um eine bloße entfesselte Gewalt aus irgendeiner Frustration heraus handelt. Hier hatte ich ein weiteres Mal den Eindruck, die Autorin setzt diese latent vorhandene, scheinbare Analogie, Antifaschismus sei gleichbedeutend mit Linksextremismus, gezielt ein oder unterlässt es zumindest, die Begriffe für den weniger mit der Sache befassten Leser schärfer zu trennen. Den Extremismusbegriff zu erläutern, hätte meines Erachtens eingangs auch nicht geschadet. Das nächste Mal musste ich schlucken, als sie auf Seite 9 feststellt, dass Studentenstädte von der linksextremen Szene geprägt seien. Bei linksorientiert wäre ich ja noch mitgegangen, aber hier den Studierenden pauschalisierend Extremismus zu unterstellen, halte ich für gewagt. Den Rest des Artikels kann man dann, wenn man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen möchte, mitgehen, bis zum Fazit. Antifaschismus ist nicht automatisch Linksextremismus. Antifaschismus befindet sich längst in der Mit-

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

te der Gesellschaft. Und nochmal: Die Justiz behandelt Linksextremismus so, wie es in einem Rechtsstaat erforderlich ist. Mit der Entscheidung, diesen Artikel auf den Titel zu heben, hat sich die GdP einen Bärendienst erwiesen. Als Meinungsbeitrag hätte er besser gepasst.

Thomas Bentele, München

ZU:

Titel, DP 7/20

Ich schreibe normalerweise keine Kommentare oder Leserbriefe, weil es schon genügend Leute gibt, die meinen, auf allen möglichen Wegen ihre nicht immer lesenswerte Meinung zum Besten geben zu müssen.

In diese Phalanx möchte ich mich nicht einreihen.

Dennoch möchte ich der Autorin Frau Prof. Dr. Dienstbühl zu diesem Artikel gratulieren. Treffender kann man das Problem um gesellschaftlich legitimierten Ungehorsam, der immer öfter in demokratiefeindlichen Aktionen gipfelt, nicht beschreiben. Also: bravo!

Mich erfüllt diese Entwicklung in unserem Land mit zunehmender Sorge und mit Unverständnis darüber, wie vergleichsweise verhalten doch der politische Aufschrei im Nachgang ausfällt.

Offensichtlich wird es immer „schicker“, sich möglichst wenig an Regeln und Normen zu halten und die Werte und das Eigentum anderer buchstäblich mit Füßen zu treten.

Wehe, wehe, wehe...

Michael Schmidt, Lauterecken

ZU:

Titel, DP 7/20

Vorweg sei gesagt, dass extremistische Gewalt – egal gegen wen – illegitim und zu verurteilen ist. Hieran besteht kein Zweifel. Auch eine kritische und analytische Betrachtung der linksextremen Szene in Deutschland ist wünschenswert und erforderlich. Der Artikel „Verstörende Menschenbilder“ von Frau Prof. Dr. Dienstbühl (DP 07/20) verfehlt dieses Ziel jedoch deutlich.

An mehreren Stellen formuliert die Autorin wenig fundiert und schon gar nicht wissenschaftlich, sondern vielmehr polemisch und unprofessionell im Stil einer „Bild“-Kolumne. Vernebelt wird dieses Niveau mit dem akademischen Grad und der Reputation der Autorin.

Forum

Als Beispiele seien Ihre pauschalisierenden und nicht belegten Ausführungen zur vermeintlichen Affinität der bundesdeutschen Student*innen zum Linksextremismus und zur Gewalt angeführt, beziehungsweise „sich beim Pöbeln, und Steineschmeißen durch Weglaufen (...) fit zu halten“.

Immer wieder setzt die Autorin Linksextremismus mit Terrorismus gleich, setzt Demonstrant*innen auf eine Stufe mit der RAF. Folgerichtig werden auch linke Themen und linke Agitation mit dem „Stakkato-Imperativ“ der RAF gleichgesetzt.

Darüber hinaus werden Angehörige der extrem Linken als „Wohlstandsraubauken“ und „Interimsrevoluzzer“ herabgewürdigt, als Referenz hierzu eine Publikation eines Journalisten von 1977 (!) bemüht. Dabei lässt die Autorin völlig außer Acht, dass die Zusammensetzung der linksextremen Szene der 1970er-Jahre beziehungsweise der RAF-Sympathisant*innen und der heutigen Linken mit Sicherheit wenig vergleichbar sind, ebenso wie die kritisierten Themen.

Insgesamt erweckt der Text den Eindruck, dass der Autorin weniger an einer professionellen Analyse, Fortbildung und Information der Leser*innen gelegen ist, sondern an „Stimmungsmache“, öffentlicher Geringschätzung und Diffamierung der linken Szene.

Derlei polemisierende und „reißerische“ Artikel habe ich bislang in der GdP-Zeitung nicht wahrgenommen und kannte so etwas nur von Fernsehauftritten des Herrn R. Wendt.

Ich hoffe sehr, dass sich meine Gewerkschaft nicht vereinnahmen lassen wird von „Wut-Polizist*innen“ und Populist*innen, sondern weiterhin für Toleranz, Liberalität und den demokratischen Diskurs stehen wird.

Björn Schmaering, Lüneburg

ZU:

Kommentar und Titel, DP 7/20

Der Kommentar unseres Kollegen Schilff hat nach meiner Meinung genau das wiedergegeben, was viele Kollegen denken. Es ist uns in vielen Jahren anstrengender Arbeit gut gelungen, Polizeibeamte aus- und fortzubilden, die auf einem hohen Stand demokratisch, rechtsstaatlich und ausländischerfreundlich arbeiten. (In Deutschland scheint es zu reichen, wenn man sagt, dass

man nicht ausländerfeindlich ist, nach meiner Meinung sollten wir ausländerfreundlich sein!) Schade, dass es Politiker gibt, die dies nicht sehen wollen. Nach dem Kommentar des Kollegen unter anderem über die Uneinsichtigkeit der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken kann man sich nur wundern. Wer ist denn jetzt derjenige (diejenige), der (die) sich Argumenten verschließt? Dieses Verhalten stimmt mich traurig. Ich habe Demokratie anders gelernt und lehre es auch anders. Von wem hat Frau Esken ihre extreme Einstellung übernommen?

Es ist sehr wohltuend, wenn der Bundespräsident in seiner Ansprache sich klar auf die Seite der rechtsstaatlich-ausländerfreundlichen Polizeibeamten positioniert und gegen den „Müll-Artikel“ der „taz“ stellt. Dem hohen Gut der Pressefreiheit hat er die Grenzen genannt.

Ich habe während meiner Tätigkeit an der Hochschule der Polizei durchgehend junge Menschen erlebt, die mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Ein großer Teil von Ihnen hat einen Migrationshintergrund und sie sind uns herzlich willkommen.

Wir haben in Deutschland kein Problem mit Rassismus, wir haben in Deutschland die Möglichkeit, dass sich jeder, auch der oder die, die keine Ahnung hat, medial äußern kann und gehört wird. Dass führt dann zu „Hasskommentaren“ wie dem in der „taz“.

Zu den Aussagen des Kollegen Schilff passt der Artikel von Frau Prof. Dr. Dienstbühl. Dieser beschreibt sehr klar die heutige Situation. Es scheint für uns Deutsche schwer zu sein, nicht von der einen oder der anderen Seite vom Pferd zu fallen. Wenn man die Gewalttaten der sogenannten Antifa beleuchtet, dann kann man nur den Satz „Die Antifa sind die Faschisten des 21. Jahrhunderts!“ unterstreichen.

Wann haben wir einmal genug von Extremismus? Ich unterscheide hier nicht zwischen rechts und links, weil beide hundertprozentig daneben liegen. Extremitäten (körperlich) liegen ganz weit vom Zentrum des Körpers weg.

Klaus Heller, Marienheide

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 8 | 69. Jahrgang 2020
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,90 € zzgl. Zustellgebühr
 Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
 Stromstr. 4, 10555 Berlin
 Telefon 030 399921-0
 Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
 Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
 Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
 gdp-pressestelle@gdp.de
 Telefon 030 399921-113
 Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

chokniti – stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
 Forststr. 3a, 40721 Hilden
 Telefon 0211 7104-183
 Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenliste Nr. 43 vom 1. März 2020.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

188.730 Exemplare
 ISSN 0949-2844

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42–50, 47608 Geldern
 Postfach 1452, 47594 Geldern
 Telefon 02831 396-0
 Telefax 02831 396-8987
av@vdp-polizei.de

PROFESSIONELLE POLIZEILICHE GESPRÄCHSFÜHRUNG

Ein Lehr- und Trainings-Handbuch mit praxisnahen Übungen

Von **Susanne Nolden**.



1. Auflage 2020

Umfang: 216 Seiten

Format: 16,5 cm x 24 cm, Broschur

Preis: 24,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0878-6

Im Polizeialltag treffen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte immer wieder auf Situationen und Menschen, die sie in höchstem Maße fordern – auch kommunikativ.

Dieses Lehr- und Trainingsbuch stellt ein neues Konzept und Modell für den Erwerb notwendiger Kompetenzen für die professionelle polizeiliche Gesprächsführung vor. Es zeigt anhand verschiedener Gesprächssituationen auf, wie die Polizei etwa in schwierigen Lagen mit psychisch kranken oder psychisch gestörten Personen wie auch im Umgang mit Gewalttätern oder Opfern einer Straftat zu einer professionellen polizeilichen Gesprächsführung findet. Neu an diesem Werk ist, dass die Gesprächsführung als Teil der polizeilichen Lagebewältigung betrachtet wird. Bei dem daraus entwickelten Kommunikationsmodell orientiert sich die Autorin an der Struktur der polizeilichen Arbeitsweise, indem sie die drei Phasen der Gesprächsführung (Eröffnungsphase, Maßnahmenphase und Abschlussphase) mit dem klassischen Modell der Einsatzlehre (Vorbereitung, Aktion und Nachbereitung) koppelt.

Mit diesem Buch gibt die Autorin damit der Polizei das notwendige Rüstzeug an die Hand, das es ihr ermöglicht, sicher und überzeugend in der Öffentlichkeit aufzutreten und auch schwierige Situationen der Polizeipraxis erfolgreich zu bewältigen.



DIE AUTORIN

Regierungsdirektorin **Susanna Nolden** lehrt Psychologie und Einsatztraining an der HfPV in Kassel.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

LOOK GOOD. FEEL BETTER.

Die neue Sportkollektion von James & Nicholson zeichnet sich nicht nur durch einen modernen Look aus, sondern auch durch die innovative Verwendung von recyceltem Polyester.

Für die neue Sportkollektion 2020 hat sich James & Nicholson etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Der Mix aus ansprechendem Design und recyceltem Polyester bietet für alle Sport- und Freizeitliebhaber höchsten Tragekomfort.



PET Flaschen werden zu neuer Mode recycelt. Plastikflaschen werden zerkleinert, geschmolzen und zu neuem Garn gesponnen welche teilweise bis zu 100 % in die Produkte mit einfließen.



DAMEN SPORTS 3/4 HOSE

Weiche, elastische Qualität mit Elasthan. Allover-Print, einfarbige Einsätze seitlich, Elastischer Bund mit innenliegender Kordel. Schlüsseltasche mit Reißverschluss. Oberstoff (240 g/m²): 90% Polyamid, 10% Elasthan.

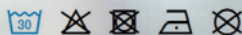
17,95 € 22,95 €



FUNKTIONS-SPORTS-SHIRT (KURZARM)

Bestehend aus recyceltem Polyester für Sport und Freizeit. Atmungsaktiv und feuchtigkeitsregulierend, schnell trocknend, leicht und komfortabel. Allover-Print im Schulterbereich (Vorder- und Rückenteil) Rundhalsausschnitt. (Damen leicht tailliert). Oberstoff (uni) (160 g/m²): 92% Polyester (recycelt), 8% Elasthan, Oberstoff 2: 90% Polyamid, 10% Elasthan.

9,95 € 12,95 €



HERREN SPORTS SHORTS

Leichte Shorts aus recyceltem Polyester. Pflegeleichtes Polyester-gewebe, Wind- und wasserabweisend, schnell trocknend. Kontrasteinsätze. Eingearbeiteter Jersey-Innenslip, Elastischer Bund mit innenliegender Kordel. Kleine Schlüsseltasche mit Reißverschluss. Oberstoff: 56% Polyester (recycelt), 44% Polyester, Futterstoff: 100% Polyester (recycelt).

10,95 € 13,95 €



Weitere Informationen unter:

<https://osg-werbemittel.de/produkte/monatsangebote>



ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31.08.2020

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de

Artikel/Größe	XS	S	M	L	XL	2XL
Damen Sports 3/4 Hose	250008	250108	250208	250308	250408	250508
1/2 Bundweite (in cm)	34	36	39	42	45	48
Seitenlänge (in cm)	62	63	64	65	66	67
Damen Sports Shirt	252008	252108	252208	252308	252408	252508
1/2 Oberweite (in cm)	41	44	48	51	54	57
Schulter (in cm)	61	62	64	65	67	68
Ärmel Länge (in cm)	18	19	20	21	22	23
Artikel/Größe	S	M	L	XL	2XL	3XL
Herren Sports Shirt	253108	253208	253308	253408	253508	253608
1/2 Oberweite (in cm)	48	51	54	57	60	65
Schulter (in cm)	70	72	74	76	78	80
Ärmel Länge (in cm)	22	23	24	25	26	27
Herren Sports Shorts	251108	251208	251308	251408	251508	-
1/2 Bundweite (in cm)	37	39	41	45	49	-
Seitenlänge (in cm)	38	39	40	41	42	-